

50Hertz Transmission GmbH – Heidestraße 2 – 10557 Berlin

Plan und Recht  
Oderberger Straße 40  
10435 Berlin

**Bebauungsplan „Solarpark Schmerkendorf“ der Stadt Falkenberg/Elster,  
Ortsteil Schmerkendorf**

Sehr geehrter [REDACTED],

Ihr Schreiben haben wir dankend erhalten.

Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) befinden oder in nächster Zeit geplant sind.

Zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung äußern wir uns als Leitungsbetreiber nicht.

Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.

Freundliche Grüße

50Hertz Transmission GmbH

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

**50Hertz Transmission GmbH**

TGZ  
Netzbetrieb Zentrale

Heidestraße 2  
10557 Berlin

Datum  
28.06.2023

Unser Zeichen  
**2023-003600-01-TGZ**

Ansprechpartner/in  
[REDACTED]

Telefon-Durchwahl  
030-5150-[REDACTED]

Fax-Durchwahl

E-Mail  
leitungsauskunft@50hertz.com

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom  
20.06.2023

Vorsitzender des Aufsichtsrates  
[REDACTED]

Geschäftsführer  
[REDACTED], Vorsitz  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]

Sitz der Gesellschaft  
Berlin

Handelsregister  
Amtsgericht Charlottenburg  
HRB 84446

Bankverbindung  
BNP Paribas, NL FFM  
BLZ 512 106 00  
Konto-Nr. 9223 7410 19  
IBAN:  
DE75 5121 0600 9223 7410 19  
BIC: BNPADEFF

USt.-Id.-Nr. DE813473551





ABFALLENTSORGUNGSVERBAND  
SCHWARZE ELSTER

Der Verbandsvorsteher

Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster

Körperschaft des öffentlichen Rechts  
Hüttenstraße 1c, 01979 Lauchhammer  
Telefon: 03574 4677 - 0  
Telefax: 03574 4677 - 201  
E-Mail: aev@schwarze-elster.de

Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster, Hüttenstraße 1c, 01979 Lauchhammer

**Plan und Recht  
Oderberger Str. 40  
10435 Berlin**

Bankverbindung:  
Sparkasse Niederlausitz  
IBAN: DE22 1805 5000 3020 0002 88  
BIC: WELADED10SL

[www.schwarze-elster.de](http://www.schwarze-elster.de)

Tel.: 03574 4677-  
Fax: 03574 4677-  
eMail: @schwarze-elster.de  
11.07.2023

### **Aufstellung des Bebauungsplans „Solarpark Schmerkendorf“ der Stadt Falkenberg/Elster Ortsteil Schmerkendorf**

Sehr geehrter ,

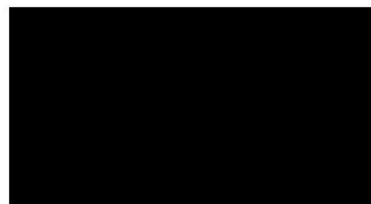
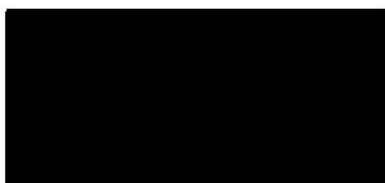
mit Ihrer E-Mail vom 20.06.2023 wurde der Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Die Entsorgung von haushaltsähnlichen Abfällen obliegt gemäß § 20 KrWG i.V.m. § 3 BbgAbfBodG dem öffentlich rechtlichen Entsorgungsträger. Die Aufgaben des öffentlich rechtlichen Entsorgungsträgers für das Plangebiet erfüllt der Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster, Hüttenstraße 1c, 01979 Lauchhammer.

Da für Solarparkanlagen keine öffentliche Ver- und Entsorgung benötigt wird, haben wir keine Einwände oder Hinweise zum Vorhaben.

Für weitere Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen





LAND BRANDENBURG

Eingegangen

05.07.23

SK

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum  
Dezernat Bodendenkmalpflege, Außenstelle Cottbus | Juri-Gagarin-Straße 17 | D-03046 Cottbus

Plan und Recht GmbH  
Oderberger Straße 40

10435 Berlin

Brandenburgisches Landesamt  
für Denkmalpflege und  
Archäologisches Landesmuseum  
Abteilung Bodendenkmalpflege/  
Archäologisches Landesmuseum

Außenstelle Cottbus

Juri-Gagarin-Straße 17  
D-03046 Cottbus

Dezernat Bodendenkmalpflege  
Gebietsbodendenkmalpflege Lausitz/Elsterland  
Bearbeiter:

Telefon:

Telefax:

E-Mail: [info.cottbus@bldam-brandenburg.de](mailto:info.cottbus@bldam-brandenburg.de)

Internet: [www.denkmalpflege.brandenburg.de](http://www.denkmalpflege.brandenburg.de)

Unser Zeichen:

Ihr Zeichen:

4. Juli 2023

#### Bebauungsplan „Solarpark Schmerkendorf“, Falkenberg/Elster OT Schmerkendorf (EE)

hier: Stellungnahme zum Schutzgut Bodendenkmale

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum, Abteilung Archäologische Denkmalpflege, nimmt als Träger öffentlicher Belange gem. § 1 Abs. 5 Ziff. 5 BauGB unter Hinweis auf das Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg - Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz (BbgDSchG) - vom 24. Mai 2004 (GVBl. I, S. 215) als zuständige Denkmalfachbehörde zu o. g. Vorhaben wie folgt Stellung:

Nach derzeitigem Bearbeitungsstand ist innerhalb des Geltungsbereichs o. g. Bebauungsplanes nur ein Bodendenkmal in die Denkmalliste des Landes Brandenburg eingetragen (BoD Nr. 20842; Siedlungsplatz der Bronze-/Eisenzeit und der römischen Kaiserzeit; Eintragungsverfahren noch nicht abgeschlossen). Es besteht jedoch eine an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit des Vorhandenseins weiterer Bodendenkmale im Sinne einer begründeten Vermutung.

Diese basiert einerseits auf der Nähe zu dem bereits in die Denkmalliste des Landes Brandenburg eingetragenen Bodendenkmal Nr. 20771 und andererseits - per Analogieschluss - auf der für ur- und frühgeschichtliche Perioden siedlungstopographisch günstigen Lage des Planareals. Darauf weisen u. a. Scherbenfunde südlich des Ortskerns von Schmerkendorf hin (Archiv BLDAM: Schmerkendorf Fpl. 11). Der Fundplatz liegt im Bereich einer ehemaligen Sand-/Kiesgrube und wurde durch den Grubenbetrieb und die nachfolgende Rekultivierung wohl teilweise zerstört.

Aus Gründen der Planungssicherheit für den Vorhabenträger - es geht letztlich um Art und Umfang der Bebaubarkeit des Planungsareals - empfehle ich, im Rahmen der Umweltprüfung eine archäologische Bestandsanalyse durchzuführen. In diesem Zusammenhang ist auf § 11 Abs. 3 BbgDSchG zu verweisen, wonach beim Auftreten von bisher unbekannten archäologischen Funden eine Unterbrechung von Schachtungs-/Tiefbauarbeiten notwendig wird, was durch eine frühzeitige Bestandsanalyse vermieden werden kann.

Eine solche Bestandsanalyse kann zunächst mit wenig Aufwand und kostengünstig in einer oberflächigen Prospektion des Areals bestehen. Wenn sich der Verdacht bestätigt hat, können in einer nächsten Intensitätsstufe Sondageschnitte erforderlich werden, die schnell und zuverlässig eine Beurteilung der im Boden verborgenen Bodendenkmalstrukturen erlauben.

Nach Abschluss der Bestandsanalyse wird die Denkmalfachbehörde hinsichtlich der ggf. weiteren notwendigen archäologischen Maßnahmen umgehend eine abschließende Stellungnahme abgeben.

Für den Bereich des ausgewiesenen Bodendenkmals (vgl. Lageplan) ist Folgendes zu beachten:

Auf der Grundlage von § 9 BbgDSchG ist ein denkmalrechtliches Erlaubnisverfahren durchzuführen.

Unter Hinweis auf § 7 BbgDSchG (Erhaltungspflicht) soll der Vorhabenträger denkmalgefährdende/denkmalzerstörende Bodeneingriffe nach Möglichkeit vermeiden. Dies kann zum Beispiel durch die Ausweisung von Ausgleichsflächen (bodendenkmalschonende Nutzung als

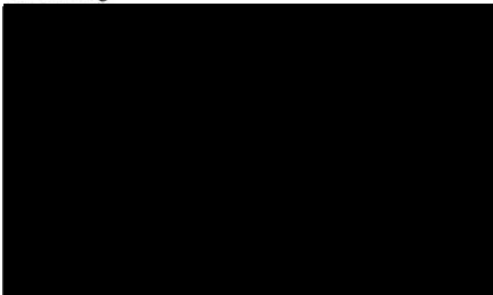
Dauergrünland) gewährleistet werden. Denkbar ist auch der Einsatz von oberirdischen Ständerkonstruktionen für die PV-Module auf Schwellen.

Sollten Bodeneingriffe unvermeidlich sein, so müssen im Vorfeld von Erdarbeiten archäologische Dokumentationen und Bergungen stattfinden, über deren Art und Umfang im Rahmen des zu führenden denkmalrechtlichen Erlaubnisverfahrens zu entscheiden ist. Diese archäologischen Dokumentations- und Bergungsmaßnahmen erfolgen in organisatorischer und finanzieller Verantwortung des Vorhabenträgers (§ 9 Abs. 3 und 4 i. V. m. § 7 Abs. 3 und 4 BbgDSchG).

Bitte beachten: Da durch das Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause ggf. eine weitere Stellungnahme.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag







Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB, dl-de/by-2-0  
 Denkmaldaten: © BLDAM 2023  
 Nur für den internen Gebrauch. Die Vervielfältigung, Umarbeitung und Weitergabe an Dritte  
 ist nur mit Zustimmung des BLDAM erlaubt.

30.06.2023 Maßstab 1: 3000  
 0 30 60 90 120 m



**BUNDESWEHR**

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr  
Fontainengraben 200 • 53123 Bonn

Plan & Recht GmbH  
Oderberger Str. 40  
10345 Berlin

**Nur per E-Mail: [beteiligung@planundrecht.de](mailto:beteiligung@planundrecht.de)**

Aktenzeichen	Ansprechperson	Telefon	E-Mail	Datum,
45-60-00 /	■	0228 5504-■	<a href="mailto:baiudbwtoeb@bundeswehr.org">baiudbwtoeb@bundeswehr.org</a>	17.07.2023

**Betreff:** Anforderung einer Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
**hier:** Bebauungsplans „Solarpark Schmerkendorf“ der Stadt Falkenberg/Elster  
**Bezug:** Ihr Schreiben vom 20.06.2023 - Ihr Zeichen: Ohne

Sehr geehrte Damen und Herren,

vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungs-  
belange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben  
seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.

Aus umweltbezogener Sicht habe ich zu o.g. Vorhaben keine Anmerkungen.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

■



**BUNDESAMT FÜR  
INFRASTRUKTUR,  
UMWELTSCHUTZ UND  
DIENSTLEISTUNGEN DER  
BUNDESWEHR**

**REFERAT INFRA I 3**

Fontainengraben 200  
53123 Bonn  
Postfach 29 63  
53019 Bonn

Tel.+ 49 (0) 228 5504-0  
Fax+ 49 (0) 228 550489-5763  
**[WWW.BUNDESWEHR.DE](http://WWW.BUNDESWEHR.DE)**

**Allgemeine Information:**

Im Zuge der Digitalisierung bitte ich Sie, Ihre Unterlagen in digitaler Form (E-Mail / Internetlink) bereitzustellen. Diese Vorgehensweise führt zu einer effizienten Arbeitsweise und schont die Umwelt. Sollte dies nicht möglich sein, bitte ich um Übersendung als Datenträger (CD, DVD, USB-Stick). Postalisch übermittelte Antragsunterlagen werden nur auf ausdrücklichen Wunsch zurückgesandt.

*Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.*

**INFRASTRUKTUR**



DB AG - DB Immobilien • Tröndlinring 3 • 04105 Leipzig

Plan und Recht GmbH

Oderberger Straße 40

10435 Berlin

DB AG - DB Immobilien  
Baurecht II  
CR.R 042  
Tröndlinring 3  
04105 Leipzig

[www.deutschebahn.com/Eigentumsmanagement](http://www.deutschebahn.com/Eigentumsmanagement)

██████████@deutschebahn.com  
Telefon: +49 341 968 ██████████

Allgemeine Mail-Adresse:  
DB.DBImm.Baurecht-Suedost@deutschebahn.com

Aktenzeichen: TÖB-BB-23 ██████████

22.08.2023

**Aufstellung des Bebauungsplans „Solarpark Schmerkendorf“ der Stadt Falkenberg/Elster, Ortsteil Schmerkendorf**

**hier: Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB**

Ihr Zeichen: ohne

Ihr Schreiben vom: 20.06.2023 (per Mail)

Sehr geehrter ██████████, sehr geehrte Damen und Herren,

die DB AG, DB Immobilien, als von der DB Netz AG und DB Energie GmbH bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Stellungnahme zum Verfahren.

**Geltungsbereich**

Der räumliche Geltungsbereich befindet sich bahnrechts zum Bahngelände an der Bahnstrecke Jüterbog – Abzw Zeithain Bogdr (6133) im Bereich ca. Bahn-km 114,67 – 116,04.

In den Bereich des Bebauungsplanes sind Grundstücke der DB (kleiner Bereich Flst. 75, Gemarkung Schmerkendorf, Flur 3 bei ca. Bahn-km 115,4) mit einbezogen.

**Grundsätzliches**

Gemäß § 4 Abs. 3 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) sind Eisenbahnen verpflichtet, ihre Eisenbahninfrastruktur in betriebssicherem Zustand zu halten. Die Standsicherheit und Funktionstüchtigkeit der Bahnanlagen (insbesondere Bahndamm,

Deutsche Bahn AG | Sitz: Berlin | Registergericht: Berlin-Charlottenburg  
HRB 50 000 | USt-IdNr.: DE 811569869 | Vorsitz des Aufsichtsrats: ██████████  
Vorstand: ██████████

**Unser Anliegen:**



Nähere Informationen zur Datenverarbeitung im DB-Konzern finden Sie hier: [www.deutschebahn.com/datenschutz](http://www.deutschebahn.com/datenschutz)



Kabel- und Leitungsanlagen, Signale, Oberleitungsmasten, Gleise, etc.) sind stets zu gewährleisten.

Durch das Vorhaben dürfen die Sicherheit und die Leichtigkeit des Eisenbahnverkehrs auf der angrenzenden Bahnstrecke nicht gefährdet oder gestört werden.

Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abriebe z.B. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.), die zu Immissionen an benachbarter Bebauung führen können.

Photovoltaik- bzw. Solaranlagen sind blendfrei zum Bahnbetriebsgelände hinzugestalten. Sie sind so anzuordnen, dass jegliche Blendwirkung ausgeschlossen ist. Sollte sich nach der Inbetriebnahme eine Blendung herausstellen, so sind vom Bauherrn entsprechende Abschirmungen anzubringen.

**Ein Blendgutachten ist noch vorzulegen (Ausschluss der Blendungsgefährdung gem. Zertifikat (Paneele) mit Eignungsbestätigung. Bestätigung, dass die Paneele keine Blendungswirkung aufweisen, auch wenn diese der jahreszeitlichen Sonneneinstrahlung folgen.)**

Es ist jederzeit zu gewährleisten, dass durch Bau, Bestand und Betrieb der Photovoltaikanlage keinerlei negativen Auswirkungen auf die Sicherheit des Eisenbahnbetriebs (z.B. Sichteinschränkungen der Triebfahrzeugführer durch z.B. Blendungen, Reflexionen) entstehen können und dass die Lärmemissionen des Schienenverkehrs nicht durch Reflektionseffekte erhöht werden.

Die Deutsche Bahn AG sowie die auf der Strecke verkehrenden Eisenbahnverkehrsunternehmen sind hinsichtlich Staubeinwirkungen durch den Eisenbahnbetrieb (z.B. Bremsabrieb, Stäube aus dem Ladegut oder bewegter Fahrzeuge) sowie durch Instandhaltungsmaßnahmen (z.B. Schleifrückstände beim Schienenschleifen) von allen Forderungen freizustellen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass aus Schäden und Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit der Anlage (Schattenwurf usw.), die auf den Bahnbetrieb zurückzuführen sind, keine Ansprüche gegenüber der DB AG sowie bei den auf der Strecke verkehrenden Eisenbahnverkehrsunternehmen geltend gemacht werden können.

Die DB Netz AG und von Ihr beauftragte Unternehmen benötigen Zugangswege an die Bahnstrecken, um auch im Katastrophenfall und für Instandsetzungen schnell an die Bahnstrecke zu gelangen. Wir möchten Sie daher bitten die Richtlinie „Anforderungen des Brand- und Katastrophenschutzes an Planung, Bau und Betrieb von Schienenwegen nach AEG“ des Eisenbahn-Bundesamtes zu beachten. Der bahnrechts verlaufende Weg ist für Instandhaltungsaufgaben aller Gewerke etc. unbedingt zu erhalten.

Die Zuwegung muss im Ereignisfall für die Zwecke der Fremddrettungskräfte zur Verfügung steht und eine Mindestbreite von 3,50 m haben. Einbauten sind im Bereich der Rettungswege nicht zulässig. Temporäre Hindernisse (z. B. im Rahmen von Baumaßnahmen) sollen vermieden werden (siehe Rettungsleitfaden).

Bei der Planung von PV – Anlagen entlang von Bahnanlagen sollte möglichst ein Freihalteraum von mindestens 5 m Breite eingeplant werden, so dass Instandhaltungs- und Ausbaumaßnahmen an der Eisenbahninfrastruktur ohne Auswirkungen auf das Plangebiet möglich sind.

Die Entwässerung der Fläche ist so zu gestalten, dass das Regenwasser auch bei Starkregen nicht auf die Bahnanlagen fließt.





Die Begrenzungen der Liegenschaften sind einzuhalten. Unklarheiten sind im Vorfeld der Bebauung durch vermessungstechn. Grenzfeststellungen zu beseitigen. Die Kosten trägt der Antragsteller. Die Abstandsflächen gemäß LBO sowie sonstige baurechtliche und nachbarrechtliche Bestimmungen sind einzuhalten.

Es muss ein Zaun errichtet werden.

„Alle Neuanpflanzungen im Nachbarbereich von Bahnanlagen, insbesondere Gleisen, müssen den Belangen der Sicherheit des Eisenbahnbetriebes entsprechen.

Zu den Mindestpflanzabständen ist die DB Konzernrichtlinie (Ril) 882 „Landschaftspflege und Vegetationskontrolle“ zu beachten und über folgende Bestelladresse bestellbar:

DB Kommunikationstechnik GmbH

Medien- und Kommunikationsdienste, Informationslogistik – Kundenservice,

Kriegsstraße 136, 76133 Karlsruhe

Tel. 0721 / 938 [REDACTED], Fax 069 / 265-57986, dzd-bestellservice@deutschebahn.com

Für Bepflanzungen an Bahnstrecken gelten folgende Rahmenbedingungen:

An Streckenabschnitten, die mit Geschwindigkeiten bis 160 km/h befahren werden:

- Mindestabstände zur Gleismitte des äußersten Gleises gemäß Ril 882.0300 für klein- und mittelwüchsige Sträucher 8 m, für hochwüchsige Sträucher 10 m und für Bäume 12 m.
- Keine Pflanzungen innerhalb der in Modul 882.0001, 882.0200 genauer definierten Rückschnittzone (hierdurch können sich im Einzelfall die o.g. Mindestabstände beträchtlich erhöhen). Die Rückschnittzone dient der Freihaltung von Sicherheitsräumen, Ingenieurbauwerken, Oberleitungsabständen, Signalsichten etc. gemäß den anerkannten Regeln der Technik.
- Ausschließlich Pflanzung geeigneter Gehölze, wie in den Modulen 882.0300, 882.0300A01, 882.0300A02 beschrieben.

Die Pflanzabstände zu den Gleisanlagen sind daher so zu wählen, dass die Abstandsvorgaben auf Dauer ohne Rückschnitt der gepflanzten Bäume und Sträucher sichergestellt sind.

Vom Bereich Oberleitung ist folgendes zu beachten:

1) Die Flächen befinden sich in unmittelbarer Nähe zu unserer Oberleitungsanlage. Wir weisen hiermit ausdrücklich auf die Gefahren der 15.000 V Spannung der Oberleitung hin.

2) Bei allen Arbeiten und festen Bauteilen in der Nähe unter Spannung stehender, der Berührung zugänglicher Teile der Oberleitung ist von diesen Teilen auf Baugeräte, Kräne, Gerüste und andere Baubehelfe, Werkzeuge und Werkstücke nach allen Richtungen ein Sicherheitsabstand von 3,50 m einzuhalten. In diesem Bereich dürfen sich weder Personen aufhalten noch Geräte bzw. Maschinen aufgestellt werden.

3) Die Erdoberkante darf bei Flachmasten bzw. Betontragsmasten im Umkreis von 3,00 m sowie bei Winkelmasten und Betonabspannmasten im Umkreis von 5,00 m nicht verändert werden. Bei Unterschreitungen der geforderten Abstände sind vom Veranlasser statische Nachweise vorzulegen.

4) Es muss die Ril 997.02XX der DB Netz A eingehalten werden.

Vom Bereich LST ist folgendes zu beachten:



Es befinden sich Kabel und Anlagen der Leit- und Sicherungstechnik in oder in der Nähe des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (siehe beigegefügte Leitungspläne). Zum Teil verlaufen die Kabel an der Grundstücksgrenze. Auf Grundlage des Vorentwurfes ist eine detaillierte Zuarbeit zur Kabellage nicht möglich.

Ein Erlaubnisschein für Erdarbeiten wird erforderlich werden.

### **Immobilienwirtschaftliche Stellungnahme**

Die kommunale Überplanung der Fläche der DB Netz AG ist mit der Zweckbestimmung der Fläche, dem Betrieb der Bahn zu dienen, nicht vereinbar und daher bis zu einer Freistellung der Fläche von Bahnbetriebszwecken durch das EBA nicht zulässig (BVerwG, Urteil vom 16.12.1988, Az. 4 C 48.86). Eine Verwertung / Verpachtung ist hier nicht angedacht. Die Fläche der DB Netz AG (Flst. 75, Gemarkung Schmerkendorf, Flur 3) ist aus dem Geltungsbereich zu entfernen.

### **Auskunft im Auftrag der DB Netz AG und der Kommunikationstechnik GmbH**

Hinweis:

Der Lageplan ist im Rahmen des Projektes „Metadatenbereinigung durch DB KT“ gesperrt. Ansprechpartner über eventuelle Bestandsveränderungen im Laufe des Projektes ist Frau Simone Fliessbach; 927-7414; SIMONE.FLIESSBACH@DEUTSCHEBAHN.COM.

Der angefragte Bereich enthält Kabel der DB Netz AG, welche ganz oder teilweise dem Eisenbahnbetrieb dienen. Damit unterliegen alle Veränderungen den Regularien der VV BAU bzw. BAU-STE. Angaben zu Anlagen der Deutschen Bahn AG erfolgen nur auf Basis der vorhandenen Lagepläne. Die Lage der Kabel kann den beigegeführten Lageplänen entnommen werden.

Das Streckenkabel ist erdverlegt und läuft entlang der Strecke.

Das Streckenkabel darf nicht überbaut werden.

Die Muffen müssen mit Fahrzeugen zugänglich bleiben.

Eine Kabeleinweisung durch die DB KT ist erforderlich.

Bitte teilen Sie uns schriftlich (mindestens 15 Arbeitstage vorher) und unter Angabe unserer Bearbeitungs-Nr. **Nr.: 2023021455/2023-6133** den Wunschtermin zur örtlichen Einweisung mit.

Bitte nutzen Sie dafür das beigegefügte Formular Beantragung örtliche Einweisung und senden dieses ausgefüllt an folgende E-Mail-Adresse zu:

DB Kommunikationstechnik GmbH Dokuzentrum Auskünfte

I.CVR 22

Mail: DB.KT.Trassenauskunft-TK@deutschebahn.com

Die erfolgte Einweisung ist zu protokollieren.

Die Forderungen des Kabelmerkblattes sind strikt einzuhalten. Das Kabelmerkblatt und eine Verpflichtungserklärung liegen dem Schreiben bei.

Die Verpflichtungserklärung (Protokoll) ist rechtzeitig und von der bauausführenden Firma unterzeichnet an die DB KT zurückzusenden.

Diese Zustimmung ist mit allen Anlagen zum Ortstermin unserem Techniker vorzuweisen.



■■■■■■■■■■, als Alv TK der DB Netz ist mit anzuschreiben ■■■■■■■■■■  
@deutschebahn.com).

Angaben zu Anlagen der Deutschen Bahn AG erfolgen nur auf Basis der vorhandenen Lagepläne. Die Lage der Kabel kann den beigefügten Lageplänen entnommen werden.

- Die geplanten Arbeiten sind so auszuführen, dass jegliche Beeinträchtigung bzw. Beschädigungen vorhandener Fernmeldekabel ausgeschlossen werden.
- Alle TK-Anlagen sind bei der geplanten Baumaßnahme zu beachten, eine Beschädigung oder Beeinträchtigung ist auszuschließen.

Diese Auskunft ist für einen Zeitraum von **24 Monate** gültig und bezieht sich ausschließlich auf den angefragten Bereich. Die Ihnen überlassenen Unterlagen bleiben Eigentum der Deutschen Bahn AG, sind vertraulich und dürfen nicht vervielfältigt werden.

#### **Auskunft im Auftrag der Vodafone GmbH**

Der angefragte Bereich enthält keine Kabel der Vodafone GmbH auf Bahngelände.

#### **Auskunft im Auftrag der DB Energie GmbH**

Die Antwort der DB Energie GmbH liegt noch nicht vor. Wir werden diese nach Erhalt nachreichen.

#### **Verfahren**

Wir behalten uns vor, zu dem o.g. Verfahren, unabhängig von unserer vorstehenden Stellungnahme Bedenken und Anregungen vorzubringen. Diese können auch grundsätzlicher Art sein, sofern Unternehmensziele oder Interessen der Deutschen Bahn AG dies erfordern.

Wir bitten Sie, uns die Abwägungsergebnisse zu gegebener Zeit zuzusenden und uns an dem weiteren Verfahren zu beteiligen.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

DB AG – DB Immobilien

i.V.

i.A.

+++ Datenschutzhinweis: Aus aktuellem Anlass möchten wir Sie darauf hinweisen, dass die in Stellungnahmen des DB Konzerns enthaltenen personenbezogenen Daten von DB Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Vor- und Nachname, Unterschriften, Telefon, E-Mail-Adresse, Postanschrift) vor der öffentlichen Auslegung (insbesondere im Internet) geschwärzt werden müssen. +++

[Chatbot Petra](#) steht Ihnen bei allgemeinen Fragen rund um immobilienrelevante Angelegenheiten gerne zur Verfügung. Nutzen Sie dafür folgenden Link oder den QR-Code: <https://chatbot-petra.tech.deutschebahn.com/>



Deutscher Wetterdienst - Postfach 60 05 52- 14405 Potsdam

Plan und Recht GmbH  
Oderberger Straße 40  
10435 Berlin

**Finanzen und Service**

Ansprechpartner:

[REDACTED]

Telefon:

069 8062 [REDACTED]

E-Mail:

Pb24.toeb@dwd.de

Geschäftszeichen:

[REDACTED] /

205-2023

Fax:

069/8062-11919

UST-ID: DE221793973

Potsdam, 6. Juli 2023

**Stellungnahme der Träger öffentlicher Belange**

**Aufstellung des Bebauungsplans „Solarpark Schmerkendorf“ der Stadt Falkenberg/Elster, Ortsteil Schmerkendorf**

**Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**

Ihr Schreiben vom 20.06.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) bedanke ich mich für die Beteiligung als Träger öffentlicher Belange am Genehmigungsverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans „Solarpark Schmerkendorf“ der Stadt Falkenberg/Elster im Ortsteil Schmerkendorf und nehme hierzu wie folgt Stellung.

Der DWD hat keine Einwände gegen die von Ihnen vorgelegte Planung, da keine Standorte des DWD beeinträchtigt werden bzw. betroffen sind.

Das geplante Vorhaben beeinflusst nicht den öffentlich-rechtlichen Aufgabenbereich des Deutschen Wetterdienstes.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner:innen des DWD gerne zur Verfügung.

**Hinweis:** Wir möchten Sie bitten Ihre Anträge nebst Anlagen zukünftig in digitaler Form an die E-Mail-Adresse: [PB24.TOEB@dwd.de](mailto:PB24.TOEB@dwd.de) zu senden. Sie helfen uns damit bei der Umsetzung einer nachhaltigen und digitalen Verwaltung.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.



[www.dwd.de](http://www.dwd.de)

Dienstgebäude: Michendorfer Chaussee 23 – 14473 Potsdam, Tel. 069 8062 5171

Konto: Bundeskasse Halle - Deutsche Bundesbank Leipzig - IBAN: DE38 8600 0000 0086 0010 40, BIC: MARKDEF XXX

Der Deutsche Wetterdienst ist eine teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr

Das Qualitätsmanagement des DWD ist zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2015 (Reg.-Nr.Z1180-DE-0922 Deloitte Certification)










Gemeinsame Landesplanungsabteilung | Henning-von-Tresckow-Straße 2-8 | 14467 Potsdam

Henning-von-Tresckow-Straße 2-8  
14467 Potsdam

Verbandsgemeinde Liebenwerda  
Standort Falkenberg - Bauamt  
H.-Zille-Straße 9a  
04895 Falkenberg/Elster

Bearb.:   
Gesch.-Z.: /2023  
Tel.: 0335 / 60676   
Fax: 0335 / 60676   
@gl.berlin-brandenburg.de  
Internet: gl.berlin-brandenburg.de

Per E-Mail an: @vg-liebenwerda.de

Frankfurt (Oder), 29.06.2023

**Planung/Vorhaben:** **Bebauungsplan „Solarpark Schmerkendorf“**  
Vorentwurf vom 06.06.2023 (Plan und Recht, Berlin)

**Gemeinde / Ortsteil:** **Falkenberg/Elster, Stadt / Schmerkendorf**  
**Kreis:** **Elbe-Elster**  
**Region:** **Lausitz-Spreewald**

Anfrage vom:  
20.06.2023

Eingang am:  
20.06.2023

Ihr Zeichen/Reg-Nr.:

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem o. g. Bebauungsplan geben wir folgende Stellungnahme ab:

- |                                     |  |
|-------------------------------------|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> | <b>Stellungnahme zur Zielfrage gemäß Art. 12 des Landesplanungsvertrages</b>       |
| <input checked="" type="checkbox"/> | <b>Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB</b> |
| <input type="checkbox"/>            | Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB        |

**Beurteilung der angezeigten Planungsabsicht:**

- |                                     |  |
|-------------------------------------|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> | <b>Ziele der Raumordnung stehen nicht entgegen</b>                         |
| <input type="checkbox"/>            | Planungsabsicht steht im Widerspruch zu Zielen der Raumordnung             |
| <input type="checkbox"/>            | Anpassung an Ziele der Raumordnung nur unter u. g. Voraussetzungen möglich |

**Erläuterungen**

Auf die vorliegende Planung bezogene Ziele der Raumordnung:

- Z 6.2 LEP HR: Freiraumverbund
- Z 4.4.16 i. V. m. Z 4.4.17 TRP II: Vorrangflächen zur Gewinnung und Sicherung oberflächennaher Rohstoffe und deren räumliche Festlegung

**Dienstsitze**

AL/SAL/GL 1, 2, 3, 5, 6 14467 Potsdam  
GL 4 03046 Cottbus  
GL 5 15236 Frankfurt (Oder)

Henning-von-Tresckow-Straße 2-8  
Gulbener Straße 24  
Müllroser Chaussee 54

**Telefon**

0331-866-8701  
0355-494924-51  
0335-60676-9932

**Fax**

0331-866-8703  
0355-494924-99  
0335-60676-9940

**ÖPNV**

Tram 92, 93, 96, Bus 606  
Bus 16  
Tram 3, 4, Bus 981

Das Plangebiet befindet sich außerhalb des Freiraumverbundes des LEP HR und von Vorrangflächen des TRP II.

Das Plangebiet befindet sich nach unserer Kenntnis nahezu vollständig im Hochwasserrisikogebiet HQ extrem. Wir verweisen darauf, dass über die fachrechtlich ausgewiesenen Hochwasserrisiko- und Überschwemmungsgebiete hinaus im BPR HV Ziele und Grundsätze der Raumordnung zur Vorsorge gegen Überschwemmungsgefährdung festgelegt sind, die durch die Kommunen in ihren Bauleitplänen zu beachten bzw. zu berücksichtigen sind.

### Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung des Vorhabens

- Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 235)
- Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35)
- Regionalplan Lausitz-Spreewald - Sachlicher Teilregionalplan II „Gewinnung und Sicherung oberflächennaher Rohstoffe“ (TRP II) vom 17.11.1997 (Amtlicher Anzeiger Nr. 33)
- Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz (BRP HV) vom 19.08.2021; in Kraft getreten am 01.09.2021 (BGBl. I, Nr. 57 vom 25.08.2021)

### Bindungswirkung

Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Grundsätze der Raumordnung sind im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen. Für die vorliegende Planungsabsicht relevante Grundsätze der Raumordnung sind z. B. § 4 Abs. 2 LEPro 2007 (Nutzung regenerativer Energien in ländlichen Räumen als Teil der Kulturlandschaft), G 6.1 LEP HR (Freiraumentwicklung) und G 8.1 Abs. 1 Satz 2 LEP HR (räumliche Vorsorge für klimaneutrale Energieversorgung). Ggf. sind weitere Grundsätze aus diesen Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln.

### Hinweise

- Zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung gibt es unsererseits keine Hinweise. Eigene umweltbezogene Daten liegen der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung nicht vor.
- Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.
- Wir bitten, **Beteiligungen** gemäß Landesplanungsvertrag zur Zielmitteilung / Trägerbeteiligung zu Bauleitplänen, **Mitteilungen über das Inkrafttreten** von Bauleitplänen sowie Satzungen nach § 34 (4) BauGB oder die **Einstellung von Verfahren nur in digitaler Form durchzuführen** (E-Mail oder Download-Link) und dafür **ausschließlich unser Referatspostfach** zu nutzen: [gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de](mailto:gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de).
- Information für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten siehe folgenden Link: <https://gl.berlin-brandenburg.de/service/info-personenbezogene-daten-gl-5.pdf>.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

■■■■■■■■■■

Plan und Recht  
Oderberger Straße 40  
10435 Berlin

Bearb.: [REDACTED]  
Gesch.-Z.: [REDACTED]/2023  
Telefon: 03342 4266 [REDACTED]  
Fax: 03342 4266 [REDACTED]  
Internet: <https://lubb.berlin-brandenburg.de>  
E-Mail: [REDACTED]@lbv.brandenburg.de

vorab per email an: [beteiligung@planundrecht.de](mailto:beteiligung@planundrecht.de)

Schönefeld, 11.07.2023

**Aufstellung des Bebauungsplans „Solarpark Schmerkendorf“ der Stadt Falkenberg/Elster – Ortsteil Schmerkendorf (Vorentwurf Stand: 06.06.2023)**

Hier: frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange;  
Ihr Schreiben vom 20.06.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Prüfung der eingereichten Unterlagen zum Vorentwurf des Bebauungsplans „Solarpark Schmerkendorf“ der Stadt Falkenberg/Elster – Ortsteil Schmerkendorf (Stand: 06.06.2023) wird von Seiten der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) mit Bezug auf § 31 Abs. 2 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) wie folgt Stellung genommen:

1. Der Standort befindet sich im Zuständigkeitsbereich der LuBB.
2. Die Belange der zivilen Luftfahrt werden aus luftverkehrsrechtlicher Sicht durch das o.g. Vorhaben berührt, da das Vorhabensgebiet unterhalb der östlichen Hindernisfreifläche der An- und Abflugfläche und teilweise im Bereich der Platzrunde des Sonderlandeplatzes (SLP) Falkenberg/Lönnewitz liegt.
3. Blendwirkungen für an- und abfliegende Luftfahrzeuge durch PV-Moduloberflächen sind auszuschließen.
4. § 18a LuftVG (Störung von Flugsicherungseinrichtungen) steht dem o.g. Vorhaben aktuell nicht entgegen.
5. Es bestehen derzeit teilweise Bedenken gegen den Vorentwurf des Bebauungsplans „Solarpark Schmerkendorf“ der Stadt Falkenberg/Elster – Ortsteil Schmerkendorf (Vorentwurf Stand: 06.06.2023).



**Begründung:**

Das Planungsvorhaben liegt südlich von Falkenberg/Elster im Landkreis Elbe-Elster des Bundeslandes Brandenburg.

Der Flugplatzbezugspunkt (FBP) des Sonderlandeplatzes (SLP) Falkenberg/Lönnewitz ist ca. 1,8 km vom Plangebiet entfernt.

Der SLP Falkenberg/Lönnewitz wird auf Grundlage einer gültigen luftrechtlichen Genehmigung gem. § 6 LuftVG für die Durchführung von Flügen im Sichtflugverfahren am Tag betrieben. Es wurde kein Bauschutzbereich gem. §§ 12, 17 LuftVG bestimmt. Zur Beurteilung von Luftfahrthindernissen sind die „Gemeinsamen Grundsätzen des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb“ in den Nachrichten für Luftfahrer (NfL) I 92/13 zu beachten.

Danach sollen Bauwerke/Objekte die An- und/oder Abflugflächen sowie die seitlichen Übergangsflächen nicht durchstoßen. Die An- und/oder Abflugflächen schließen in 60 m ab Ende der Start- und Landebahn an und steigen im Verhältnis 1:25 mit einer Länge von 2500 m auf die Höhe von 100 m über Grund an.

Weiterhin sollen im Bereich der Platzrunden keine Hindernisse vorhanden sein, die die sichere Durchführung des Flugplatzverkehrs gefährden können. Von einer Gefährdung des Flugplatzverkehrs in der Platzrunde ist grundsätzlich dann auszugehen, wenn relevante Bauwerke oder sonstige Anlagen innerhalb der geplanten oder festgelegten Platzrunde errichtet werden sollen.

Das südliche Ende des Plangelandes befindet sich unterhalb der östlichen An- und Abflugfläche und innerhalb der nach Süden zu fliegenden Platzrunde für Motorflug am SLP Falkenberg/Lönnewitz.

Die geplante Festsetzung zur Höhe der Oberkante der baulichen Anlagen mit 4,5 m über Geländeoberkante beeinträchtigt die Hindernisbegrenzungsflächen nicht.

Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit des Flugbetriebes am SLP Falkenberg/Lönnewitz ist es jedoch zwingend notwendig, Blendungen durch PV-Moduloberflächen für an- und abfliegende Luftfahrzeuge im Bereich der An- und Abflugflächen und beim Einflug in die Platzrunde auszuschließen. Hier können Blendwirkungen, auch sehr kurze, dazu führen, dass Hindernisse (z.B. andere Luftfahrzeuge) nicht / nicht rechtzeitig erkannt werden. In die nach Süden zu fliegende Platzrunde Motorflug dürfen Luftfahrzeuge aus jeder Richtung einfliegen. Daher ist ein Nachweis zu erbringen, dass Blendwirkungen in jede Richtung für Luftfahrzeuge ausgeschlossen werden. Der Nachweis kann z.B. durch ein Blendgutachten erbracht werden.

Das Plangebiet liegt außerhalb von Schutzbereichen ziviler Flugsicherungsanlagen (vgl. § 18a LuftVG).

Insgesamt bestehen teilweise Bedenken gegen den Vorentwurf des Bebauungsplans „Solarpark Schmerkendorf“ der Stadt Falkenberg/Elster – Ortsteil Schmerkendorf (Stand: 06.06.2023).



**Hinweise:**

1. Sollten die geplanten Inhalte/Gebiete des o. g. Planungsvorhabens geändert werden, wird darum gebeten, die entsprechenden Planunterlagen bei der Luftfahrtbehörde erneut zur Prüfung einzureichen.
2. Die Beteiligung des Betreibers des SLP Falkenberg/Lönnewitz wird dringend empfohlen.
3. Zur Abklärung eventueller militärischer Belange wenden Sie sich bitte an das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIADBw), Postfach 2963, 53019 Bonn.
4. Weitere Informationen über die Lage und Hindernisfreiflächen zu einzelnen Landeplätzen finden Sie unter:  
„<https://ubb.berlin-brandenburg.de/aufgaben/flugplaetze-berlin-brandenburg>“.

Um Überlassung einer Kopie des Abwägungsbeschlusses wird gebeten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Plan und Recht  
Oderberger Straße 40  
10435 Berlin

## Außenstelle Cottbus

Bearb.: [REDACTED]  
Gesch-Z.: [REDACTED] 3  
Telefon: 03342 / 4266 [REDACTED]  
Fax: 03342 / 4266 [REDACTED]  
Internet: <https://lbv.brandenburg.de>  
E-Mail: [LBV-TOEB@LBV.brandenburg.de](mailto:LBV-TOEB@LBV.brandenburg.de)

Cottbus, 03.07.2023

### **Bebauungsplan „Solarpark Schmerkendorf“ der Stadt Falkenberg/Elster OT Schmerkendorf**

#### **Frühzeitige Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**

Ihre Nachricht vom 20. Juni 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

den von Ihnen eingereichten Vorgang habe ich in der Zuständigkeit des Landesamtes für Bauen und Verkehr (LBV) als Verkehrsoberbehörde des Landes Brandenburg gemäß „Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planungsverfahren“ (Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 17. Juni 2015, veröffentlicht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27, vom 15. Juli 2015, S. 575) geprüft.

Gegen die Aufstellung des Bebauungsplans, mit dem die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage geschaffen werden sollen, bestehen aus verkehrsbehördlicher Sicht des Landes keine Einwände.

Eine Berührung von Belangen der zum Zuständigkeitsbereich des LBV gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt und übriger ÖPNV erfolgt nicht.

Information zu Planungen oder sonstigen Maßnahmen der v. g. Verkehrsbereiche, die das B-Plan-Gebiet betreffen könnten, liegen mir gegenwärtig nicht vor.

Außenstelle Cottbus • Gulbener Straße 24 • 03046 Cottbus • Tel.: 03342 4266-7102 • Fax: 03342 4266-7608  
Öffentliche Verkehrsmittel: Straßenbahnlinie 1 bis Stadthalle oder Buslinie 16 bis Papitzer Straße

Landesamt für Bauen und Verkehr • Lindenallee 51 • 15366 Hoppegarten • Tel.: 03342 4266-0 • Fax: 03342 4266-7601

E-Rechnung: <https://xrechnung-bdr.de>; Leitweg-ID: 12-121096894453782-21  
Bankverbindung: Landeshauptkasse Potsdam • Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba)  
IBAN: DE02 3005 0000 7110 4015 15 • BIC-Swift: WELADEDXXX

An das Plangebiet angrenzend liegt im Osten die Bahnstrecke Jüterbog – Röderau, auf der Linien des SPNV verkehren. Hinsichtlich der einzusetzenden Solarmodule setze ich voraus, dass von diesen keine Blendwirkungen ausgehen werden, die den Verkehr beeinträchtigen könnten.

Zu Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung lassen sich aus der Zuständigkeit des LBV als Verkehrsoberbehörde des Landes Brandenburg darüber hinaus keine konkreten Hinweise und Forderungen ableiten.

Belange des zivilen Luftverkehrs betreffend verweise ich an dieser Stelle auf eine gesonderte Prüfung und ggfs. Stellungnahme der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (Abt. des LBV).

Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

■■■■■■■■■■



LBGR | Postfach 10 09 33 | 03009 Cottbus

Inselstraße 26  
03046 Cottbus

Plan und Recht GmbH  
Bauleitplanung, Entwicklungsplanung,  
Regionalplanung  
Oderbergerstraße 40  
10435 Berlin

Bearb.: [REDACTED]  
Gesch.-Z.: [REDACTED]  
Telefon: 0355 / 48 640 - [REDACTED]  
Telefax: 0355 / 48 640 - [REDACTED]  
E-Mail: lbgr@lbgr.brandenburg.de  
Internet: www.lbgr.brandenburg.de

Cottbus, 5. Juli 2023

## Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

### A Allgemeine Angaben

#### Aufstellung des Bebauungsplanes „Solarpark Schmerkendorf“ der Stadt Falkenberg/Elster, OT Schmerkendorf

Ihr Schreiben (E-Mail) vom 20. Juni 2023 - Striefler

Anhörungsfrist: 23. Juli 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für bergbauliche und geologische Belange äußert sich das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zu o. g. Planung wie folgt:

### B Stellungnahme

1. **Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können:**

Keine.

2. **Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands:**

Keine.

#### Überweisungen an:

Landesbank Hessen-Thüringen  
Kontoinhaber: Landeshauptkasse Potsdam  
Konto-Nr.: 7 110 401 747  
Bankleitzahl: 300 500 00

IBAN: DE43 3005 0000 7110 4017 47  
BIC-Swift: WELADEDXXX



### **3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan:**

#### **Bodengeologie:**

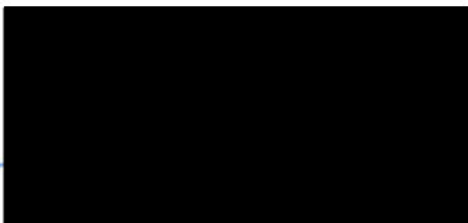
Laut aktueller Moorbodenkundlicher Karte (MoorFIS 2021) befinden sich angrenzend (Übersichtskarte, Anlage) und innerhalb des Vorhabengebietes Erd- und Mulmnieder-moore unterschiedlicher Mächtigkeit (siehe <https://geo.brandenburg.de/?page=boden-Grundkarten>).

Dies ist bei der Planung entsprechend zu berücksichtigen.

#### **Geologie:**

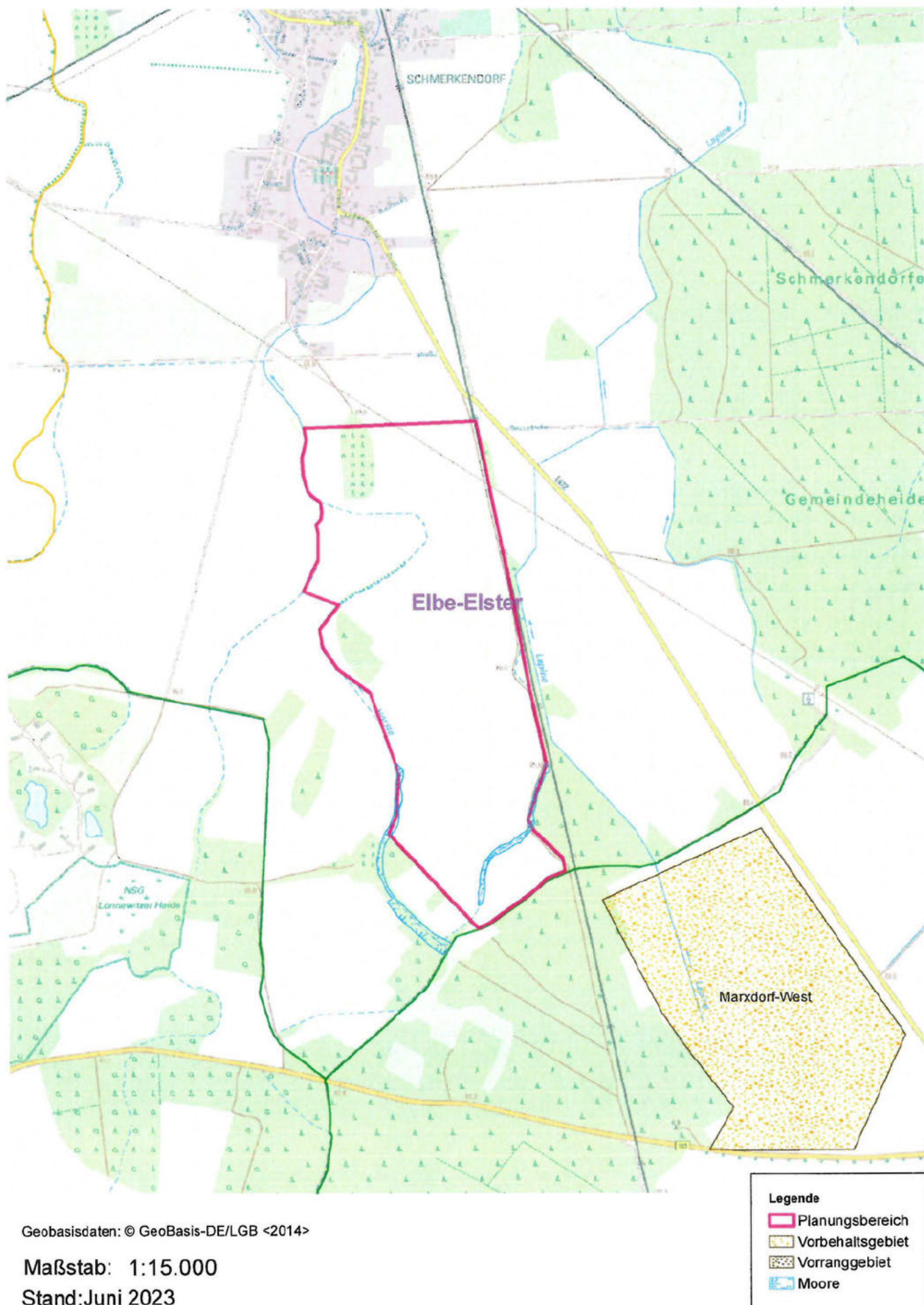
Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden.

Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8 ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologie-datengesetz-GeolDG)).



Anlage: 1 Übersichtskarte

B-Plan "Solarpark Schmerkendorf"  
 Stadt Falkenberg/Elster  
 Az.: 74.21.42-27-736



Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB <2014>

Maßstab: 1:15.000

Stand: Juni 2023



LAND BRANDENBURG

Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung  
Karl-Marx-Straße 21 | 15926 Luckau

Plan und Recht  
Oderberger Str. 40  
10435 Berlin

Landesamt für Ländliche  
Entwicklung, Landwirtschaft  
und Flurneuordnung

Ref. B2 – Ländliche Neuordnung

Karl-Marx-Straße 21  
15926 Luckau

Bearb.: [REDACTED]  
Gesch.Z.: [REDACTED] #11906/2023

Verf.-Nr.: [REDACTED]

Bitte geben Sie bei jedem Schriftwechsel die  
oben stehende Verfahrensnummer mit an.

Hausruf: +49 3544 40-3120

Fax:

Internet: [www.LELF.brandenburg.de](http://www.LELF.brandenburg.de)

Iris.Reppmann@LELF.Brandenburg.de

Luckau, d. 11. August 2023

**Aufstellung des Bebauungsplans „Solarpark Schmerkendorf“ der Stadt Falkenberg/Elster, Ortsteil Schmerkendorf**

**Hier: Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 20. Juni 2023 haben Sie das o.a. Vorhaben angezeigt, zu welchem hiermit zuständigkeithalber die Stellungnahme ergeht.

Als Träger öffentlicher Belange im Bereich Agrarstruktur besitzt das Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) Dienstsitz Luckau eine besondere Verantwortung für die Verbesserung der Arbeits- und Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft und für die Landentwicklung. In dieser Funktion und als zuständige Flurbereinigungsbehörde wird zu der geplanten Maßnahme Stellung genommen.

Aus bodenordnerischer Sicht ergeht keine Stellungnahme, ein Flurneuordnungsverfahren ist von den vorgelegten Planungen nicht betroffen.

Ich weise jedoch darauf hin, dass dem ständig steigenden Entzug landwirtschaftlicher bzw. forstwirtschaftlicher Nutzfläche entgegenzuwirken ist, auch wenn es sich hier, wie von Ihnen festgestellt, „nur um Ackerland handelt“. Ackerflächen, die eine Bodenwertzahl von über 30 Bodenpunkten aufweisen, sollten nicht mit anderen Nutzungen überplant werden. Daher sollten insbesondere Ausgleichs und -ersatzmaßnahmen möglichst nicht auch noch auf landwirtschaftlichen Nutzflächen erfolgen.

Eine weitere Beteiligung meiner Behörde ist nicht notwendig.

Dienstsitz Referatsleiter/-in:

17291 Prenzlau, Grabowstraße 33

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag



Dieses Dokument wurde am 11. August 2023 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.



Landesamt für Umwelt  
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

Plan und Recht GmbH  
Oderberger Straße 40  
10435 Berlin

Bearb.: [REDACTED]  
Gesch-Z.: [REDACTED]  
Hausruf: +49 355 4991 [REDACTED]  
Fax: +49 331 27548 [REDACTED]  
Internet: [www.lfu.brandenburg.de](http://www.lfu.brandenburg.de)  
[REDACTED]@lfu.brandenburg.de

Cottbus, 12.07.2023

**Bebauungsplan „Solarpark Schmerkendorf“ der Stadt Falkenberg/Elster**

Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 20.06.2023
- Begründung und Umweltbelange
- Planzeichnung, 06.06.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahmen der Fachabteilungen Immissionsschutz und Wasserwirtschaft übergeben. Die Belange zum Naturschutz obliegen der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Elbe-Elster.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Dieses Dokument wurde am 12.07.2023 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

Besucheranschrift:

Von-Schön-Straße 7

03050 Cottbus

Tel: +49 0355 4991-1035

Fax: +49 0331 27548-3308

Hauptsitz:

Seeburger Chaussee 2  
14476 Potsdam  
OT Groß Glienicke



Zertifikat seit 2021  
audit berufundfamilie



## FORMBLATT

### Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

#### Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	Bebauungsplan „Solarpark Schmerkendorf“ der Stadt Falkenberg/Elster
Ansprechpartner*In:	<div style="background-color: black; width: 150px; height: 1.2em;"></div>
Telefon:	0355 4991- <div style="background-color: black; width: 40px; height: 1.2em;"></div>
E-Mail:	TOEB@lfu.brandenburg.de

*Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.*

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

#### 1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

##### a) Einwendung

--

##### b) Rechtsgrundlage

--

##### c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

--

#### 2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

##### a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

--

##### b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

--

#### 3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

##### a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen

--

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

#### 4. Weitergehende Hinweise



Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens



Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

#### **Sachstand:**

Mit dem Bebauungsplan „Solarpark Schmerkendorf“ der Gemeinde Falkenberg/Elster, OT Schmerkendorf sollen planungsrechtliche Voraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb einer Freiflächen-Photovoltaikanlage mit Batteriespeicher, Umspannwerk und Nebenanlagen geschaffen werden.

Für das Plangebiet soll als ein sonstiges Sondergebiet mit Zweckbestimmung „Photovoltaik“ gemäß § 11 BauNVO festgesetzt werden.

Der Geltungsbereich umfasst eine Gesamtfläche von ca. 70 ha und wird derzeit landwirtschaftlich genutzt. Die Planfläche wird aktuell landwirtschaftlich genutzt und ist im Norden, Süden und Westen von Landwirtschaftsflächen umgeben. Östlich, direkt angrenzend, befindet sich der Bahndamm der Bahnstrecke Jüterbog – Röderau.

Die nächstliegende schutzwürdige Nutzung befindet sich nördlich (63) in ca. 200 m Entfernung im OT Schmerkendorf (Hauptstr. Nr. 63) der Stadt Falkenberg.

Die verkehrsseitige Erschließung des Plangebietes soll über einen östlich angrenzenden Landwirtschaftsweg erfolgen.

#### **Stellungnahme:**

##### *Rechtsgrundlage*

*Gemäß § 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen so weit wie möglich vermieden werden.*

Die Planunterlagen zum BP „Solarpark Schmerkendorf“ Stand Vorentwurf vom Juni 2023 wurden geprüft. Die beabsichtigte Nutzung berührt immissionsschutzrechtliche Belange. Nachfolgende Hinweise sind im weiteren Planverfahren zu berücksichtigen:

Bei einer Photovoltaik-Freiflächenanlage handelt es sich aus immissionsschutzrechtlicher Sicht um eine nichtgenehmigungsbedürftige Anlage. Nach § 22 BImSchG muss der Betreiber solcher Anlagen

diese so errichten und betreiben, dass nach dem Stand der Technik vermeidbare schädliche Umweltbeeinträchtigungen verhindert werden.

Von Photovoltaik-Freiflächenanlagen können schädliche Umwelteinwirkungen (elektromagnetische Felder, Lärm sowie Blendungswirkung) ausgehen. Die nächstgelegene schutzwürdige Nutzung befindet sich nördlich des Geltungsbereiches, in ca. 200 m Entfernung (Hauptstr. Nr. 63).

#### Blendwirkungen

Zu den Auswirkungen durch Blendungen wird auf die Leitlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014 (geändert durch Erlass des MLUK vom 17. September 2021) verwiesen. Eine erhebliche Belästigung kann vorliegen, wenn die max. mögliche astronomische Blenddauer unter Berücksichtigung aller umliegenden Photovoltaikanlagen mind. 30 Minuten pro Kalendertag oder 30 Stunden pro Kalenderjahr beträgt. Kritischer Bereich hinsichtlich möglicher Blendwirkungen sind die Immissionsorte, die vorwiegend westlich oder östlich einer Photovoltaikanlage liegen und nicht weiter als 100 m von diesen entfernt sind. Danach befinden sich die nächstgelegenen Wohnbebauungen nicht im Einwirkungsbereich von Blendwirkungen.

*Hinweis:* Für die Bewertung von Blendwirkungen auf Straßen- oder Schienenverkehr besteht seitens des LfU keine Zuständigkeit.

#### Geräusche

Geräuschemissionen bei Photovoltaik-Freiflächenanlagen werden durch technische Anlagen wie z.B. Wechselrichterstationen und Transformatoren hervorgerufen. Je nach Entfernung dieser Anlagen zu den Immissionsorten, kann es zu Beeinträchtigungen durch Lärm kommen.

#### Elektrische und magnetische Strahlung

Elektrische und magnetische Strahlungsemissionen können von den Solarmodulen, den Verbindungsleitungen und den geplanten Nebenanlagen ausgehen. Es gelten die Grenzwerte der 26. BImSchV.

Auf Grund des geplanten Umspannwerkes und des Batteriespeichers wird es für erforderlich gehalten, in den Planungsunterlagen die Auswirkungen der o.g. Anlagen detailliert zu ermitteln und zu bewerten. Auch eine präzisere Verortung der genannten Anlagen in der Planzeichnung sollte erfolgen.

#### **Fazit**

Aus immissionsschutzfachlicher Sicht ergeben sich zum Planvorhaben keine grundsätzlichen Bedenken.

Die vorhabenbedingten Umweltauswirkungen für die Schutzgüter Mensch und Klima/Luft sind unter Beachtung der vorgenannten Hinweise im Umweltbericht zu beschreiben und zu bewerten. Dabei sind die durch Lärm und elektrische und magnetische Felder entstehenden Auswirkungen, je nach Standort der Nebenanlagen nicht zu vernachlässigen.

Die Stellungnahme verliert mit wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit.

Dieses Dokument wurde am 11.07.2023 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

## FORMBLATT

### Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

#### Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Wasserwirtschaft 1 und 2
Belang	Wasserwirtschaft
Vorhaben	Bebauungsplan „Solarpark Schmerkendorf“ der Stadt Falkenberg/Elster; Landkreis Elbe Elster
Ansprechpartner*In:	██████████
Referat:	W 13
Telefon:	03 55 / 49 91 – ██████████
E-Mail:	██████████@LfU.Brandenburg.de

*Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.*

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen
Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)
a) Einwendung
b) Rechtsgrundlage
c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts
a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:
b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen
a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger

Auswirkungen
b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise	
<input type="checkbox"/>	Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens
<input checked="" type="checkbox"/>	Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage
<p><i>Diese Stellungnahme zu Ihrer TöB-Beteiligung beinhaltet keine Genehmigungen nach § 87 Absatz 1 BbgWG zur Errichtung oder wesentlichen Veränderung von Anlagen gemäß § 36 WHG. Für diese Genehmigungen liegt die Zuständigkeit gemäß § 126 Absatz 1 BbgWG bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises.</i></p> <p><b>Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU Brandenburg gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend werden folgende Hinweise gegeben</b></p> <p><b><i>Grundsätzliche Hinweise zu den wasserwirtschaftlichen Belangen</i></b></p> <p>Das Plangebiet grenzt an ein Gewässer II. Ordnung. Die Pflicht der Unterhaltung obliegt nach § 79 Abs. 1 Nr. 2 BbgWG den Unterhaltungsverbänden. Der zuständige Unterhaltungsverband sollte beteiligt werden.</p> <p>Das Plangebiet schließt Gewässerrandstreifen ein. Das WHG enthält mit dem § 38 eine Vorschrift zum Schutz von Gewässerrandstreifen. Die Vorschrift regelt die Zweckbestimmung von Gewässerrandstreifen (Absatz 1), die räumliche Ausdehnung (Absätze 2 und 3) und die in den Gewässerrandstreifen geltenden Verbote (Absätze 4 und 5).</p> <p>Während der Durchführung von Baumaßnahmen besteht die Möglichkeit der Verunreinigung von Gewässern durch wassergefährdende Stoffe. Es ist sicherzustellen, dass durch die Einhaltung einschlägiger Sicherheitsbestimmungen eine wassergefährdende Kontamination vermieden wird (§ 1 BbgWG, § 5 Abs. 1 WHG).</p> <p><b><u>Anforderungen der EU-WRRL - Planungsgrundlagen / EU-Berichterstattung</u></b>  <i>(Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkte 1, 2, 4)</i></p> <p><b><i>Grundsätzliche Hinweise im Hinblick auf Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie (Richtlinie 2000/60/EG)</i></b></p> <p>Mit dem Gewässer „Lapine“ grenzt ein nach EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) berichtspflichtiges oberirdisches Gewässer an das Plangebiet.</p>	



Eine Relevanz der planerischen Festlegungen im Hinblick auf die Anforderungen der WRRL ist damit grundsätzlich möglich und sollte in dem Verfahren geprüft werden.

#### Rechtsgrundlagen und das Plangebiet betreffende EU-Berichterstattung

Die Umweltziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) wurden in das WHG als Bewirtschaftungsziele für die Gewässer übernommen. Um diese Bewirtschaftungsziele zu erreichen, wurden - als Instrumente zur Umsetzung der WRRL - Maßnahmenprogramme nach § 82 WHG und Bewirtschaftungspläne nach § 83 WHG aufgestellt. Im Internet können die das Plangebiet betreffenden aktuellen Unterlagen der EU-Berichterstattung (Zeitraum 2022-2027) für den deutschen Teil der Flussgebietseinheit Elbe unter folgendem Link eingesehen werden:

<https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/start/umwelt/wasser/gewaesserschutz-und-entwicklung/bewirtschaftungsplaene-und-massnahmenprogramme/>

#### Anforderungen an planerische Festlegungen

Bei den planerischen Festlegungen, die Auswirkungen auf die Erreichung der Bewirtschaftungsziele des genannten Wasserkörpers haben können, sind das Verschlechterungsverbot und das Zielerreichungsgebot nach WHG § 27 zu beachten. Aufgrund des Zielerreichungsgebotes dürfen die planerischen Festlegungen auch der Umsetzung künftiger Maßnahmen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele nicht entgegenstehen.

#### Hinweise / Forderungen zum Hochwasserschutz / Hochwasserrisikomanagement

(Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG §126 (3), Satz 3, Punkt 8)

Das Planungsgebiet liegt fast vollständig im Hochwasserrisikogebiet der Elbe gemäß §73 WHG. Bei Bauvorhaben in Risikogebieten gelten die Maßgaben nach §78b und §78c WHG. Gemäß §9 Abs. 6a BauGB sind Hochwasserrisikogebiete nachrichtlich zu übernehmen und im Bebauungsplan zu vermerken.

Die konkrete Gefährdung kann mithilfe der Auskunftsplattform Wasser, die durch das Landesamt für Umwelt (LfU) zur Verfügung gestellt wird (<https://apw.brandenburg.de>), überprüft werden.

Geodaten zu den Hochwasserrisikogebieten finden Sie unter folgendem Link: <https://metaver.de/search/dls/#?servicelId=05EC61E6-C81E-4616-ACE6-2DC3D5E67E24>

Der Vorhabenträger muss sich in Abstimmung mit der unteren Wasserbehörde des Landkreises Elbe-Elster dem Risiko durch ein Hochwasser in Höhe eines  $HQ_{\text{Extrem}}$  auseinandersetzen. Insbesondere der Batteriespeicher, Trafostationen und das Umspannwerk wären durch ein Hochwasser gefährdet. Bisher sind keine Aussagen zur hochwasserangepassten Bauweise in der Vorhabenbegründung oder zu Hochwasser als Untersuchungsgegenstand der Umweltprüfung getroffen worden.



LAND BRANDENBURG


Landesbetrieb Forst Brandenburg | Oberförsterei Herzberg  
Am Sender 1 | 04916 Herzberg

Plan und Recht GmbH  
Oderberger Str. 40  
10435 Berlin

<b>Eingegangen</b>	
10.07.23	
Datum	Zeichen

Landesbetrieb  
Forst Brandenburg  
– untere Forstbehörde –

Oberförsterei Herzberg  
Am Sender 1  
04916 Herzberg

Bearb.:   
Gesch.Z.:   
3600/577+  
Telefon: (035365)   
@lfb.brandenburg.de  
[obf.herzberg@lfb.brandenburg.de](mailto:obf.herzberg@lfb.brandenburg.de)  
[www.forst.brandenburg.de](http://www.forst.brandenburg.de)  
[www.wald-online.de](http://www.wald-online.de)

Herzberg, 04. Juli 2023

**Aufstellung des Bebauungsplans "Solarpark Schmerkendorf" der  
Stadt Falkenberg/Elster**

Ihre Beteiligung vom 20.06.2023


Sehr geehrter 

nach Prüfung der Unterlagen stellen wir fest, dass Wald im Sinne des § 2 LWaldG im Geltungsbereich des Bebauungsplanes betroffen ist (Gemarkung Schmerkendorf, Flur 7, Flurstück 31).

Im Zusammenhang mit Solar-Freiflächenanlagen gilt in Brandenburg der Grundsatz des Walderhalts.

Zur Gewährleistung des allgemeinen Betretungsrechts (§ 15 LWaldG) für o. g. Waldfläche achten Sie bitte darauf, dass der Wald **nicht** mit eingezäunt wird und weiterhin frei zugänglich bleibt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag  


Dienstgebäude: Oberförsterei Herzberg  
Am Sender 1

04916 Herzberg (E.)

Telefon

(03535) 

Landkreis Elbe-Elster | Postfach 17 | 04912 Herzberg (Elster)

Plan und Recht

[REDACTED]  
Odenberger Str. 40  
10435 Berlinper E-Mail: [beteiligung@planundrecht.de](mailto:beteiligung@planundrecht.de)**Bereich**Amt für Strukturentwicklung und Kultur  
SG Kreisentwicklung  
Unsere Zeichen

[REDACTED] 2023

Ihre Zeichen

**Straße, Haus-Nr., Ort**

Ludwig-Jahn-Str. 2, 04916 Herzberg

**Ansprechpartner/in**

[REDACTED]

**Telefon, Fax**

03535 46-[REDACTED] / 03535 46-[REDACTED]

**E-Mail**

toeb@lkee.de

**Datum**

21. Juli 2023

**Aufstellung des Bebauungsplans „Solarpark Schmerkendorf“ der Stadt Falkenberg/Elster, Ortsteil Schmerkendorf****hier: Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB****Stellungnahme der Kreisverwaltung des Landkreises Elbe-Elster**

Sehr geehrter [REDACTED],

mit E-Mail vom 20. Juni informierten Sie zu den ab dem 22. Juni 2023 zum Download bereitstehenden Unterlagen zu dem o. g. Vorhaben und bitten um die Stellungnahme der Kreisverwaltung bis zum 23. Juli 2023.

Der Landkreis Elbe-Elster als Träger öffentlicher Belange bezog folgende Fachbereiche in die Erarbeitung seiner Stellungnahme ein:

1. untere Denkmalschutzbehörde
2. untere Bauaufsichtsbehörde
3. Gesundheitsamt
4. Straßenverkehrsamt
5. untere Naturschutzbehörde
6. untere Wasserbehörde
7. untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde
8. Sachgebiet Landwirtschaft im Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Landwirtschaft
9. Kataster- und Vermessungsamt
10. Brandschutzdienststelle im Ordnungsamt

Für die (rechtssichere) E-Mail-Kommunikation beachten Sie bitte die Hinweise im Impressum auf unserer Webseite.

Kontakt  
T. 03535 460  
F. 03535 3133  
[www.lkee.de](http://www.lkee.de)Bankverbindung  
Sparkasse Elbe-Elster  
IBAN DE61 1805 1000 3300 1011 14  
BIC WELADED1EESSprechzeiten  
Di 8-12 Uhr und 13-17 Uhr  
Do 8-12 Uhr und 13-16 Uhr  
oder nach Vereinbarung

Die Fachbereiche der Kreisverwaltung des Landkreises Elbe-Elster äußern sich wie folgt:

Die **untere Denkmalschutzbehörde** (Bearbeiter: [REDACTED], Telefon: 03535 46-[REDACTED]) gibt den Hinweis:

Zu o. g. Planung sind nachfolgende Träger öffentlicher Belange direkt vom Einreicher zu beteiligen, falls das nicht schon geschehen ist:

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege  
und Archäologisches Landesmuseum  
Abteilung Praktische Denkmalpflege  
Wünsdorfer Platz 4/5  
15806 Zossen / OT Wünsdorf

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege  
und Archäologisches Landesmuseum  
Abteilung Bodendenkmalpflege  
Außenstelle Cottbus  
Juri-Gagarin-Str. 17  
03046 Cottbus

Die **untere Bauaufsichtsbehörde** (Bearbeiter: [REDACTED], Telefon: 03535 46-[REDACTED]) gibt folgende Stellungnahme ab:

Hiermit wird die auf den Zuständigkeitsbereich beschränkte Stellungnahme der unteren Bauaufsichtsbehörde zum o.g. Planvorhaben übersendet, die nach Vorlage der Planunterlagen über WINYARD im Rahmen der Trägerbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB verfasst wurde.

Zu den vorgelegten Bebauungsplanunterlagen werden grundsätzlich keine Einwände bzw. Bedenken vorgetragen.

Der Umfang der nachfolgenden Hinweise ist nur der Komplexität der Planungsaufgabe geschuldet und soll nicht die Planungsqualität der vorliegenden Bebauungsplanvorentwurfsfassung in Frage stellen! Es werden jedoch verschiedene Hinweise zu den Planunterlagen benannt, die im weiteren Planungsprozess zu prüfen bzw. zu berücksichtigen sind:

1. Im Sinne der Zweckbestimmung des Verfahrens nach § 4 Abs. 1 BauGB wird grundsätzlich darauf verwiesen, dass eine immissionsschutzrechtliche Auseinandersetzung (hier: Konfliktpfad „Blendwirkung“) für die geplante PV-Anlage gegenüber der anstehenden Bahntrasse und ggf. auch für den Flugplatz Lönnewitz (i.V.m. mit An- und Abflug / Platzrunde) notwendig ist (bspw. Vermeidung von Absolutblendung), wobei dabei das offensichtlich geringe Konfliktpotential des Standortes entsprechend gewürdigt werden kann. Dabei ist unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten und dem vollständigen Ausschöpfen des Festsetzungskataloges des vBPL (u.a. Maß der baulichen Nutzung, überbaubare Grundstücksfläche, sonstige Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen) für den „ungünstigsten Planfall“ zu erörtern, das beim Vollzug des Bebauungsplanes den Planungsgrundsätzen im Sinne von § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB entsprochen wird. Es wird in diesem Zusammenhang jedoch angemerkt, dass die Wirkung von Bepflanzungsmaßnahmen als Sichtschutzmaßnahme vom Wuchsverhalten bzw. von der Wuchsdauer der Pflanzware abhängig ist (bspw. erfolgt Bepflanzung in der Regel nach Fertigstellung des Solarparks, sodass Nutzungsaufnahme

nicht mit „Schutzwirkung“ der Bepflanzung korrespondiert) und jahreszeitlich schwankt (belaubter und unbelaubter Zustand), sodass eine Blendwirkung auf Grund von festgesetzten Bepflanzungsmaßnahmen nicht pauschal ausgeschlossen werden kann. Es empfiehlt sich, entsprechende Vermeidungs- und Konfliktminimierungsmaßnahmen –unter Berücksichtigung der Ermächtigungsgrundlagen des BauGB (u.a. bodenrechtlicher Bezug von Maßnahmen) – im Bebauungsplan festzusetzen oder über einen städtebaulichen Vertrag rechtlich zu sichern. Die Auseinandersetzung mit der anlagebedingt zu erwartenden Blendwirkung von PV-Anlagen ist grundsätzlich abwägungsrelevant!

2. Der untere Bezugspunkt der Höhenfestsetzung stellt auf das natürliche Geländeniveau ab, wobei in der Planzeichnung kein nachvollziehbares Höhenraster dargestellt wird. Der tatsächliche Geländeverlauf kann den Planunterlagen nicht eindeutig entnommen werden. Es wird jedoch empfohlen, die Höhenfestsetzung zu den geplanten baulichen Anlagen im Sinne des Bestimmtheitsgebot von Rechtsnormen (vgl. OVG NRW, Urteil vom 01.02.2017 – 7 D 71/15.NE) auf absolute Höhe gemäß dem Deutschen Höhenhauptnetz 2016 abstellen, wobei die Höhenentwicklung in einzelnen Bereichen ggf. auch durch Höhenzonierung gesteuert werden könnte.
3. Zur naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung wird grundsätzlich angemerkt, dass im Regelfall die im (Angebots-)Bebauungsplan festgesetzte Grundflächenzahl das zulässige Höchstmaß der Versiegelung im überplanten Baugebiet beschreibt. Wenn in der Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung dann ein (baubedingt) geringerer Versiegelungsgrad gegenüber der festgesetzten Grundflächenzahl bilanziert wird (bspw. 5 %-Regelung), dann muss dieser auch verbindlich aus den Festsetzungen des Bebauungsplanes hergeleitet werden können (d.h. es sind einschränkende Festsetzungen zur maximal zulässigen Bodenversiegelung und/oder zur Mindesthöhe von PV-Anlagen unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Ermächtigungsgrundlagen des § 9 BauGB erforderlich). Im Rahmen der gemeindlichen Abwägung kann dann ein eingeschränktes naturschutzrechtliches Kompensationsvolumen für die (gegenüber der zulässigen GRZ reduzierten) Bodenversiegelung hergeleitet werden. Der Verweis auf eine ggf. beim Vorhaben angewendete „Ständerbauweise“ der geplanten Photovoltaikanlagen begründet in einem Angebotsbebauungsplan grundsätzlich noch keinen geringeren Bodenversiegelungsgrad. Da die Festsetzungen in einem Angebotsbebauungsplan „bautypoffen“ sind, wäre die textliche Festsetzung 1, Absatz 2 in ihrer Formulierung zumindest zu hinterfragen.  
Es wird jedoch auch darauf hingewiesen, dass bei der Grundflächenermittlung im Sinne von § 19 Abs. 4 BauNVO sämtliche Zufahrts- und Bewegungsflächen angerechnet werden müssen, um den Aspekten des Bodenschutzes (v.a. Verringerung des Versiegelungsgrades zur Erhaltung der natürlichen Funktionen des Bodens) zu entsprechen. Dies ist insbesondere bei der Bewertung der inneren Erschließung (unbefestigte, ganzjährig befahrbare Flächen) zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass der vegetative Bewuchs der Bewegungsflächen für den Brandschutz in der Regel kurz zu halten sind, was bspw. auch als Widerspruch zur Festsetzung von Extensivgrünland gewertet werden könnte!
4. Soweit die Linienführung des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes keinen vorhandenen Katastergrenzen folgt, sollte in die Planzeichnung eine entsprechende Bemaßung dieser Linienführung (ggf. auch Koordinatenpunkte) zur Nachvollziehbarkeit ihres räumlichen Umgriffes aufgenommen werden. Gleiches gilt auch für zeichnerische Festsetzungen, deren Linienverlauf in der Planzeichnung verbindlichen Charakter besitzen und deren standörtliche Lage im späteren Planvollzug eindeutig bzw. flächenscharf entnommen werden muss. Im Sinne einer besseren Lesbarkeit der kleinteiligen zeichnerischen Festsetzungen wird ergänzend angeregt, die Planzeichnung in einem Maßstab von 1:2.500 oder 1:2.000 darzustellen. Zudem empfiehlt sich eine Beschriftung des überplanten Gewässer / wasserführenden Gräben und der Bahntrasse zur Nachvollziehbarkeit der Festsetzungen.



5. Es wird empfohlen, die Ermächtigungsgrundlagen von BauGB und BauNVO in der Planzeichenerklärung zu ergänzen und die relevanten Rechtsgrundlagen für das Bebauungsplanverfahren auf der Planurkunde zu benennen.
6. Es wird empfohlen, auf der Planurkunde einen Übersichtslageplan abzubilden, der insbesondere für Dritte bzw. die Öffentlichkeit die standörtliche Einordnung des Plangebietes im Verhältnis zur Stadt Falkenberg und zu ihrem Ortsteil Schmerkendorf erleichtert. In der Benennung der überplanten Flurstücke sind auch die überplanten Flurbereiche klarstellend zu benennen.
7. Es wird angeregt, den geplanten Zufahrtsbereich zum Solarpark im Sinne der Konfliktminimierung räumlich einzugrenzen bzw. festzusetzen.
8. Die Maßnahmen zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Zugriffsverbote gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG könnten auf der Planurkunde des vBPL - redaktionell deutlich abgesetzt vom Festsetzungskatalog - als Hinweise benannt werden, um gezielt auf die Bedingungen des Planvollzugs einzugehen.
9. Für das weitere Planverfahren wird angemerkt, dass das Abwägungsgebot nach § 1 Abs. 7 BauGB ein zentrales Gebot der rechtsstaatlichen Planung ist. Neben der Zusammenstellung des Abwägungsmaterials sollten auch der Abwägungsvorgang selbst (d.h. die gerechte Abwägung der öffentlichen und privaten Belange „gegeneinander“ und „untereinander“) und das Abwägungsergebnis im Abwägungsprotokoll eindeutig dokumentiert werden. Die städtebauliche Begründung ist im weiteren Planverfahren entsprechend fortzuschreiben.
10. Zur baulichen Realisierung der geplanten PV-Anlagen im Sonstigen Sondergebiet wird allgemein angemerkt, dass für die GRZ-Berechnung der Grundstücksbegriff im bauplanungsrechtlichen Sinn maßgeblich ist (u.a. „Buchgrundstücke“). Deshalb kann bspw. die Zusammenlegung mehrerer Buchgrundstücke verschiedener Eigentümer zu einer „städtebaulichen Einheit“ durch Vereinigungsbaulast (BbgBO) nicht für die Ermittlung des durchschnittlichen Maßes der baulichen Nutzung anerkannt werden. (Fickert/Fieseler: Baunutzungsverordnung Kommentar, 13. Auflage, 2019, S. 1306 ff. sowie BVerwG, Urteil vom 14.2.1991 – 4 C 51.87)  
Die festgesetzte GRZ regelt zudem immer (buch-)grundstücksbezogen, nicht baugebietsbezogen! Bei der GRZ-Ermittlung sind die Anlagen gemäß § 19 Abs. 4 S. 1 Nr. 1-3 BauNVO (u.a. gewerblich genutzte Unterhaltungswege) zu berücksichtigen. Im Baugenehmigungsverfahren muss abschließend auch die gesicherte Erschließung sämtlicher in Anspruch genommenen (Buch-)Grundstücksflächen nachgewiesen werden.

Die Gültigkeit von weiteren Rechtsvorschriften bleibt von dieser Stellungnahme unberührt. Die Stellungnahme verliert ihre Gültigkeit mit der wesentlichen Änderung der ihr zugrundeliegenden Beurteilungsgrundlagen.

Das **Gesundheitsamt** (Bearbeiter: [REDACTED], Telefon: 03535 46-[REDACTED]) gibt folgende Stellungnahme ab:

Die Stellungnahme des Gesundheitsamtes Elbe-Elster bezieht sich auf die von Ihnen eingereichten Unterlagen mit den entsprechenden Plänen und Erläuterungen.

Die Errichtung des o. g. Solarparks ist im Außenbereich der Stadt Falkenberg/Elster, südlich des Ortsteils Schmerkendorf geplant.

Gegen das o. g. Vorhaben bestehen von Seiten des Gesundheitsamtes bei fach- und sachgerechter Ausführung keine grundsätzlichen Bedenken.

Der Solarpark ist so zu erstellen, zu betreiben und zu kontrollieren, dass nachteilige Auswirkungen auf die Gesundheit der Wohnanlieger, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind, ausgeschlossen werden.

Wir machen darauf aufmerksam, dass durch unsere Stellungnahme andere Zuständigkeitsbereiche nicht berührt werden.

Das Straßenverkehrsamt ( [REDACTED] ), Bearbeiterin: [REDACTED], Tel. 035341 97- [REDACTED] ) erläutert:

Vorschriften der StVO und des BbgStrG stehen der Aufstellung eines Bebauungsplanes nicht entgegen. Die Flächen sind verkehrlich erschlossen. Folgende Auflagen sind zu beachten:

1. Die Verkehrssicherungspflicht gemäß § 9 BbgStrG ist mit der Änderung weiterhin zu gewährleisten. Daher ist der gegenwärtige Ausbauzustand der Verkehrsflächen (Straßenbreite, Gehwege, Straßenbeleuchtung) hinsichtlich der zukünftigen Nutzung zu prüfen und möglicherweise der Ausbau und die Anpassung der vorhandenen Verkehrsflächen im weiteren Verfahren voranzutreiben.

2. Widmungsrechtliche Vorschriften sind vom Straßenbaulastträger zu prüfen und ggf. anzupassen.

Aus der Sicht des Straßenverkehrsamtes sind folgende Hinweise zu beachten:

In Verbindung mit der geplanten Maßnahme sind Einschränkungen an Verkehrsflächen (insbesondere im Rahmen Anlieferung / Entladung / Aufbau) möglichst auszuschließen. Bei unvermeidlichen Einschränkungen ist hierfür die Anordnung verkehrsregelnder Maßnahmen gemäß § 45 Abs. 6 StVO durch die bauausführende Firma beim Straßenverkehrsamt zu beantragen. Der Antrag ist mindestens 10 Arbeitstage vor Beginn der Verkehrsraumeinschränkung beim StVA einzureichen.

Bei der Anordnung der Photovoltaikmodule ist zu beachten, dass eine Blendwirkung für die Benutzer der angrenzenden öffentlichen Verkehrsflächen - Alter VEG-Weg und L 672 ausgeschlossen wird.

Für die Bahnstrecke 6133 Jüterbog- Röderau sollte entsprechend die DB AG beteiligt werden. Gegebenenfalls sind Schutzmaßnahmen vorzusehen.

Die untere Naturschutzbehörde (Bearbeiter: [REDACTED], Telefon: 03535 46-[REDACTED]) gibt folgende Stellungnahme ab:

Auskunftspflicht nach § 4 Abs. 1 BauGB

Danach sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 aufzufordern.

Der unteren Naturschutzbehörde liegen im Rahmen ihrer Aufgabenstellung folgende Informationen vor:

Aufgabenbereich	Information	Bemerkung
Schutzgebiete (FFH, SPA, NSG, LSG, Naturpark)	Vorhaben liegt in keinem Schutzgebiet.	

Biotopschutz	Es liegen keine Informationen vor!	<u>Biotopkartierung ist durchzuführen!</u>
Sonstiges	Keine Angaben!	Keine Angaben!

Hinweis:

Der Träger der Bauleitplanung ist in den Bereichen, in denen der unteren Naturschutzbehörde keine Informationen vorliegen, nicht von der Pflicht befreit, die einschlägigen Untersuchungen selbstständig durchzuführen.

### Eingriffsregelung

Da es sich hier um ein Regelverfahren handelt, sind die Eingriffsregelung und der Artenschutz nach den Vorschriften des BauGB abzuarbeiten. Dem Vorhaben: *Falkenberg/Elster, OT Schmerkendorf, BP "Solarpark Schmerkendorf" - Juni 2023*, fehlt es an einem Umweltbericht nach § 2 Abs. 4 BauGB, in dem die Ergebnisse aus der Eingriffsregelung und dem artenschutzrechtlichen Fachbeitrag dargestellt und bewertet werden.

Der Umweltbericht ist bindend für den Vorhabenträger und Betreiber des Solarparks.

Der Umweltbericht gibt eine hinreichende Darstellung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen in der Bauleitplanung und soll dabei vernünftige Planungsalternativen anbieten. Im Umweltbericht sind auch Informationen über für das Plangebiet relevante, förmlich festgelegte Ziele des Umweltschutzes darzustellen.

Der Umweltbericht ist das zentrale Dokument, dem die Öffentlichkeit und die Behörden sowie die sonstigen Träger öffentlicher Belange entnehmen können, wie die Gemeinde die Umweltprüfung durchgeführt hat. Insbesondere der zu einem Bebauungsplan erarbeitete Umweltbericht besitzt aufgrund der konkreten Festsetzungen zu einzelnen Grundstücken erhebliche Relevanz für Dritte. Daher muss er Dritten die Beurteilung ermöglichen, ob und in welchem Umfang sie von den Umweltauswirkungen der getroffenen Festsetzungen eines Bebauungsplans betroffen sein können.

### Landschaftsplanung

Die wirksamen übergeordneten Fachplanungen wurden im Informationsblatt der frühzeitigen Beteiligung teilweise berücksichtigt (Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg). Als übergeordnete Fachplanungen aus naturschutzfachlicher Sicht ist auch der Landschaftsrahmenplan des Landkreis Elbe-Elster (LRP, Stand 1997) bzw. die Biotopverbundplanung des Landkreis Elbe-Elster (Stand 2010) als Fortschreibung des LRP bei der Planaufstellung zu berücksichtigen. Diese sind unter folgendem Link online abrufbar:

<https://www.lkee.de/Service-Verwaltung/Was-erledige-ich-wo/index.php?La=1&object=tx,2112.474.1&kat=&quo=2&sub=0>

=> untere Naturschutzbehörde => Landschaftsplanung.

Demnach stellt der Vorhabensbereich Maßnahmen-/ Entwicklungsfläche des Biotopverbundes im Landkreis Elbe-Elster dar. Primär gilt es aber, unbebaute Flächen frei zu halten. Diesem Grundsatz wird hier nicht entsprochen. Die geplante PV-Anlage würde zu einer Veränderung des Landschaftsbildes hin zu einem technogen überprägten Landschaftsbestandteil führen, welcher gleichzeitig mit der Reduzierung landwirtschaftlicher Nutzfläche einhergeht. Daher ergeben folgende Hinweise für die weitere Planung:

1. Für eine naturnahe Ausgestaltung der Anlage wird eine Flächenüberstellung von maximal 40 % empfohlen, um u.a. Brutmöglichkeiten für Offenlandarten zwischen den Modulreihen sowie ausreichend besonnte Flächen für Wirbellose und die Herpetofauna zu schaffen. Eine Überbauung mit Modultischen von z.B. 70 % führt dagegen zur Minimierung potenziell geeigneter Lebensstätten und zur Beeinträchtigung der flächigen hin zu einer abschnittsweise konzentrierten Versickerung.<sup>1</sup> Ein Abstand zwischen den Modulreihen von 3,5 m sollte dabei auf keinen Fall unterschritten werden. Ein Abstand von 5 m und mehr ist wünschenswert und ermöglicht zudem den Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen (Arbeitsbreite ca. 6 m).<sup>2</sup> Des Weiteren sollte die Zäunung des Geländes eine Bodenfreiheit von 10-15 cm und das Vorhandensein von Kleintierdurchlässen gewährleisten.
2. Um die Anflugwahrscheinlichkeit und damit das Verletzungsrisiko für Vogelindividuen zu minimieren, ist die Einzäunung der Anlage gut sichtbar zu verblenden. Die Wahrscheinlichkeit von Vogelschlag ist an nicht sichtbaren Zäunen stark erhöht. In den Bereichen des Solarparks, in denen eine angrenzende Heckenpflanzung vorgesehen ist, ist die Verblendung des Zaunes nach ausreichender Wuchshöhe der Hecke zu entfernen, um eine optische Anpassung in das Landschaftsbild zu erreichen und visuelle Beeinträchtigungen zu minimieren.
3. Insgesamt ist das Mähen oder die Beweidung der Fläche in extensiver Weise vorzunehmen, mit einer mindestens 8-wöchigen Pause zwischen den Nutzungsintervallen. Die Mahd sollte abschnittsweise erfolgen, um insbesondere Wirbellosen die Abwanderung in noch nicht gemähte Bereiche zu ermöglichen. Das Mahdgut ist abzutransportieren. Hierbei ist hervorzuheben, dass die Entstehung von Scherrasen durch dauerhaft niedrigen Bewuchs zwingend zu vermeiden ist. Damit eine Beweidung perspektivisch durchgeführt werden kann, ist auf eine verbissichere Verkabelung zu achten.
4. Ab einer Länge von 500 m ist die zerschneidende Wirkung und die Barrierefunktion auf umliegende Biotope stark ausgeprägt, weshalb ein Wanderkorridor als Querungshilfe bei dem hier geplanten Solarpark einzuplanen ist.<sup>3</sup> Dieser sollte mind. 20 m breit und naturnah gestaltet sein. Der Verlauf ist geradlinig oder diagonal von West nach Ost zu wählen, um so eine Verbindung zwischen den landwirtschaftlichen Nutzflächen im Osten und denen im Westen, einschließlich des Fließgewässernetzes, aufrecht zu erhalten. Der Wanderkorridor ist zu begrünen, um eine Schneise innerhalb des Solarparks herzustellen, welche zu einer erhöhten Biodiversität beiträgt. Durch dessen naturnahe Gestaltung mit Grünland, Blühstreifen und Gehölzen in den Randbereichen der Korridore als Sichtschutz zu den technischen Anlagen kann zudem die Akzeptanz für Wildtiere gefördert werden.

## Arten- und Biotopschutz

### Hinweise zum Artenschutz:

Auf Grund der fehlenden Unterlagen sind keine Aussagen zum Artenschutz zu treffen. Erst nach Vorlage des Artenschutzfachbeitrags kann die untere Naturschutzbehörde ihre Hinweise zur Bewältigung artenschutzrechtlicher Belange innerhalb der Bebauungsplanung abgeben.

---

<sup>1</sup> Demuth, B., Maack, A. & Schumacher, J. (2019): Klima- und Naturschutz: Hand in Hand. Ein Handbuch für Kommunen, Regionen, Klimaschutzbeauftragte, Energie-, Stadt- und Landschaftsplanungsbüros. Heft 6. Photovoltaik-Freiflächenanlagen. Planung und Installation mit Mehrwert für den Naturschutz. Hrsg.: Heiland, S., Berlin 2019, S. 30.

<sup>2</sup> Bundesverband Neue Energiewirtschaft (bne): Solarparks – Gewinne für die Biodiversität – Berlin, 2019.

<sup>3</sup> Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND): Wildtierkorridor – Ein Leitfaden zur Umsetzung des Wald-Biotopverbundes – Stuttgart.

Um auszuschließen, dass das geplante Vorhaben mit den Verboten des § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) kollidiert, ist durch ein artenschutzfachliches Gutachten von einer fachlich geeigneten Person bzw. einem fachlich geeigneten Planungsbüro der Nachweis zum Vorhandensein oder Fehlen von besonders und streng geschützten Pflanzen- und Tierarten sowie deren Fortpflanzungs- und Ruhstätten beizubringen.

Dazu ist eine Kartierung in Anlehnung an die artspezifischen Untersuchungsstandards, alternativ eine Potenzialabschätzung durchzuführen. Die erhobenen Daten sind nachvollziehbar unter Angabe der Erfassungstermine, Witterungsbedingungen, Kartierzeit und -dauer sowie ggf. der Erfassungsprotokolle vorzulegen. An dieser Stelle wird darauf hinweisen, dass eine Potenzialabschätzung im Gegensatz zu einer umfänglichen Kartierung, für den Vorhabenträgers immer eine „worst case“-Betrachtung nach sich zieht, die u. U. mit erheblichen Mehraufwendungen für Vermeidungs- und/ oder Ausgleichsmaßnahmen verbunden ist.

In dem artenschutzfachlichen Gutachten ist eine Abschichtung vorzunehmen, welche gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten von dem Vorhaben betroffen sein können. Diese Arten sind dann auf Grundlage der Kartierung/ Potentialabschätzung bezüglich der Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG näher zu betrachten. Sofern Vermeidungs- und/oder Ausgleichsmaßnahmen notwendig sind, sind diese in dem Fachbeitrag zu benennen, ebenso wie die Notwendigkeit einer Ausnahme.

Hinweise zum Biotopschutz:

Die Biotopkartierung (Karte) wurde den Unterlagen beigelegt. Die Kartierungsbögen liegen nicht vor.

Nach § 30 BNatSchG i. V. m. § 18 BbgNatSchAG gesetzlich geschützte Biotope sowie FFH-LRT sind gesondert kartographisch darzustellen.

Gemäß § 30 BNatSchG sind Handlungen, die zu einer Zerstörung oder sonstigen erheblichen Beeinträchtigung geschützter Biotope führen können, verboten.

#### *Fließgewässer*

Unter Gräben sind künstliche lineare Gewässer mit meist geringer Strömung und geringer Breite (<5m bei Mittelwasser) einzuordnen. Dies ist im Vorhabenbereich nicht der Fall.

Die Hörste weist einen mäandrierenden Gewässerlauf auf und wird teilweise von Bäumen und Sträuchern begleitet. Daher ist das Fließgewässer unter dem Biotoptyp 01111 einzuordnen. Natürliche oder naturnahe Bereiche fließender Gewässer einschließlich ihrer Ufer und der dazugehörigen uferbegleitenden natürlichen oder naturnahen Vegetation sowie ihrer natürlichen oder naturnahen Verlandungsbereiche, Altarme oder regelmäßig überschwemmten Bereich sind nach § 30 Bundesnaturschutzgesetz geschützt.

#### *Röhrichte*

Röhrichtbestände in und an natürlichen oder naturnahen Fließgewässern mit mehr als 100m<sup>2</sup> sind nach § 30 Bundesnaturschutzgesetz geschützt.

#### *Moor*

Laut GIS (AUKM und MoorFIS) sind auf der Vorhabenfläche Böden aus mineralischen Substraten anzutreffen. Folglich wird von einer hohen ökologischen Wertigkeit der Flächen ausgegangen. Dies ist bei der weiteren Bearbeitung zu berücksichtigen.





#### Hinweise zu NATURA 2000:

Nach derzeitigem Planungsstand ist eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgebietsnetzes NATURA 2000 nicht erkennbar, da kein NATURA 2000 Gebiet von der Planung betroffen ist.

#### Sonstige Hinweise:

##### *Gräben*

Laut GIS unterliegen die Gräben (Hörste, Graben 7.1.12.2) einer jährlichen Pflege. Der Gewässerunterhaltungstreifen misst jeweils 5 m von der äußeren Böschungsoberkante und ist zudem im BP nachrichtlich als Fläche mit wasserrechtlichen Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 6 BauGB i. V. m. § 87 BbgWG in das Plandokument zu übernehmen.

##### *Pflege*

Die eingezäunte PV-Anlage ist dauerhaft durch eine Pflege (Beweidung oder Mahd) als Lebensraum für Reptilien und Vögel zu entwickeln und zu erhalten. Ein Pflegekonzept ist unter Berücksichtigung von Mahdzeitpunkt bzw. Besatzdichte zu erstellen und in die Planungsunterlagen einzupflegen.

Der Mahdzeitpunkt sollte so gewählt werden, dass die Samen der Blütenpflanzen bereits ausfallen und dadurch die Pflanzenvielfalt auch in den nächsten Jahren gesichert ist. Des Weiteren sollte die Brutzeit von bodenbrütenden Vögeln beendet sein.

Die Flächen sollten für die Mahd so aufgeteilt werden, dass z. B. nur jede zweite Reihe gemäht wird, sodass sich die Tiere in die nichtgemähten Bereiche flüchten können. Mit der Mahd der zweiten Hälfte sollte erst begonnen werden, wenn die gemähten Flächen wieder nachgewachsen sind. Eine abrupte Beseitigung des Blühangebotes für Insekten und Entzug der Nahrungsgrundlage für pflanzenfressende Arten wird somit ausgeglichen. Das Mahdgut sollte abtransportiert werden, um eine Nährstoffanreicherung der Flächen und Landschaftsbildverfälschung zu vermeiden.

Bei Beweidung der Flächen, bei einer angemessenen Tier-Besatzdichte, würde eine plötzliche Entfernung des Aufwuchses verhindert werden.

### *Zaungestaltung/ Begleitstrukturen*

Die Zäune sollten mindestens für Niederwild, Kleinsäuger und Laufvögel durchlässig sein. Die Durchlässigkeit sollte bei Maschendrahtzäunen durch einen Mindestabstand vom Boden von 15 bis 20 Zentimetern gesichert werden.

### Gehölzschutz

Im Bereich des zukünftigen BP befinden sich entlang der Hörste sowie im östlichen und nördlichen Bereich nach der GehölzSchVO EE geschützte Baum- und Heckenbestände. Diese sind zum Erhalt festzusetzen. Dabei ist zu beachten, dass der Abstand zwischen den Solarpanellen und den Gehölzbestand soweit gewählt wird, dass ein Beseitigen der Gehölze auf Grund von Schattenwirkungen auch in der Zukunft nicht notwendig wird.

Die **untere Wasserbehörde** (Bearbeiter: [REDACTED] Telefon: 03535 46-[REDACTED]) hat unter Berücksichtigung folgender Hinweise keine Einwände gegen die Planung:

1. Das Bauvorhaben befindet sich im Hochwasserrisikogebiet der Elbe, auf Grund der Lage im Risikogebiet (Hochwassergebiete mit geringer Wiederkehrwahrscheinlichkeit) soll gemäß § 78b Abs. 1 Nr. 1 Wasserhaushaltsgesetz eine bauliche Anlage nur in einer dem jeweiligen Hochwasserrisiko angepassten Bauweise nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik errichtet oder wesentlich erweitert werden, soweit eine solche Bauweise nach Art und Funktion der Anlage technisch möglich ist; bei den Anforderungen an die Bauweise sollen auch die Lage des betroffenen Grundstücks und die Höhe des möglichen Schadens angemessen berücksichtigt werden.
2. Der modellierte Wasserstand laut der Hochwasserrisikokarten für das Risikogebiet der Elbe am Standort liegt bei 86,60 m üNN.
3. Durch das Plangebiet verläuft ein Gewässer II. Ordnung (Hörste, Kat.-nr.: 7.1.12). Es wird darauf hingewiesen, dass der Abstand zu vorhandenen Gräben gemäß § 87 Brandenburgisches Wassergesetz (BbgWG) einzuhalten ist. Bei Gewässern II. Ordnung beträgt dieser fünf Meter von der Uferlinie landeinwärts. Dieser Bereich ist von baulichen Anlagen und Nebenanlagen frei zu halten. Gemäß § 41 Abs. 1 Satz 2 WHG haben die Anlieger und Hinterlieger Handlungen zu unterlassen, die die Unterhaltung unmöglich machen oder wesentlich erschweren würden. Bei eventuell auftretenden Standortfragen diesbezüglich ist der zuständige Gewässerunterhaltungsverband zu beteiligen.

Die **untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde** (Bearbeiter: [REDACTED], Telefon: 035 35 / 46-[REDACTED]) stimmt dem Vorhaben mit folgendem Hinweis zu:

Auf dem Flurstück 198/1, Flur 5 der Gemarkung Schmerkendorf befindet sich die sanierte Altablagerung „Sandberg Schmerkendorf“. Die Altablagerung wurde mit einfachen Mitteln durch Abdeckung mit Bodenmaterial gesichert und rekultiviert. Bezüglich der Errichtung des Solarparks bestehen keine Einschränkungen auf dem Flurstück sofern die Sicherungsmaßnahmen erhalten bleiben. Eingriffe in den Körper der Altablagerung sind vorab mit der unteren Bodenschutzbehörde abzusprechen.

Es wird darauf hingewiesen, dass bei Tiefbauarbeiten auf dem Gelände der Altablagerung belasteter Boden anfallen kann, der zu erhöhten Entsorgungskosten führen kann.

Das **Sachgebiet Landwirtschaft** im Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Landwirtschaft (Bearbeiter: [REDACTED], Tel. 03535 46-[REDACTED]) teilt Folgendes mit:

Die Stadt Falkenberg hat den Beschluss gefasst, den Bebauungsplan „Solarpark Schmerkendorf“ aufzustellen.

Die Errichtung der Photovoltaikanlage in Schmerkendorf soll auf einer bislang als Acker genutzten landwirtschaftlichen Flächen realisiert werden, deren Bodenwertzahl 22 (Sand) bis 45 (sandiger Lehm) beträgt. Diese Flächen werden von mehreren Landwirten z.T. konventionell als auch ökologisch bewirtschaftet, welche hierfür EU-Agrarfördermittel erhalten.

Es ist anzumerken, dass die Zweckbestimmung landwirtschaftlicher Nutzflächen darauf abzielt, Produkte für die menschliche und tierische Ernährung zu erzeugen und nicht, um Energie zu gewinnen.

Problematisch ist dabei, dass den aktiv wirtschaftenden Betrieben Fläche entzogen wird, worauf sie aufgrund ihrer Wirtschaftsweise angewiesen sind. Gerade tierhaltende Betriebe verlieren durch die Flächenbindung ihre Existenzgrundlage.

Landwirtschaftliche Nutzflächen sind ein stetig knapper werdendes Gut, weshalb es ratsam ist, auch Alternativen zu prüfen.

Dazu zählen insbesondere Agri-Photovoltaikanlagen (Agri-PV) und das Errichten von Photovoltaikanlagen auf nicht landwirtschaftlich genutzten Flächen wie bspw. Deponien, Tagebauflächen oder Industriebrachen.

Dabei wird auch auf die Handlungsempfehlung des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) bezüglich der Flächenwahl verwiesen, wonach Freiflächenphotovoltaikanlagen bevorzugt auf folgenden Flächen genutzt werden sollten:

- Flächen mit einem hohen Versiegelungsgrad (das sind z.B. Gebäude aller Art, Parkplätze, Fahrbahnen, befestigte Wege usw.
- Flächen, deren Lebensraumfunktion erheblich beeinträchtigt ist (z.B. durch Stoffemissionen, Lärm oder Zerschneidung geprägte Flächen).
- Flächen mit einem durch technische Einrichtungen stark überprägten Landschaftsbild (z.B. durch Bebauung sowie Leitungstrassen oder Verkehrswege überprägte Landschaften, Verkehrsnebenflächen). Insbesondere Flächen in der Nähe von Hochspannungsleitungen (380/220 kV) sind sinnvoll nutzbar, da Anschlusswege für die Solarenergiefreiflächenanlagen kürzer möglich sind.
- Militärische oder wirtschaftliche (ehemalige Gewerbe- und Industrieflächen) Konversionsflächen andere vorbelastete/ versiegelte Flächen, Lagerplätze, Abraummhalden und ehemalige Tagebaugelände soweit sie nicht naturschutzfachlich wertvoll oder naturschutzrechtlich gesichert sind. Bei der Nutzung von Altstandorten oder Konversionsflächen ist wegen der geplanten Änderung der Flächennutzung auf Basis des BBodSchG eine Gefährdungsabschätzung zu veranlassen. Auf dieser Basis sind ggf. Rückbau bzw. die Entsiegelung der Flächen vorzusehen. Ebenso werden Bergbaufolgestandorte als geeignet angesehen.
- Hinsichtlich geeigneter Flächen muss eine Abwägung im Einzelfall erfolgen, da nicht pauschal auf die Ertragsfähigkeit und Bodenqualität abgestellt werden kann. So können ertragsschwache Böden einen hohen ökologischen Nutzwert bieten und auch ertragsstarke Böden zur Bebauung durch FFPVA sinnvoll sein. Eine differenzierte einzelfallbezogene Betrachtung ist erforderlich.

Auch wird in der Handlungsempfehlung auf Agro-Freiflächenphotovoltaikanlagen verwiesen, als bevorzugte Sonderformen der Gestaltung der Anlagen und folgendes ausgeführt:

Als Agro-Freiflächenphotovoltaikanlagen werden hier Anlagen verstanden, die eine parallele Fortführung wertschöpfungssträchtiger landwirtschaftlicher Nutzungsoptionen (Mehrfachnutzungs-konzepte) ermöglichen. Dabei werden die Anlagen in Linienstrukturen angelegt, so dass sich Flächen zur Energiegewinnung und Flächen zur landwirtschaftlichen Bewirtschaftung abwechseln. Dies ist eine

Sonderform von Photovoltaik-Freiflächenanlagen. Insbesondere bei steigender Bodenqualität sollten solche Konzepte angestrebt werden. Damit kann der Flächenverlust für die landwirtschaftliche Produktion verringert werden.

Durch die entstehenden Probleme durch normale PV-Anlagen rät es sich auch, auf Agri-PV Anlagen zu setzen, da diese die Flächeneffizienz steigern und ebenfalls den Ausbau der PV-Leistung bei gleichzeitigem Erhalt fruchtbarer Ackerflächen für die Landwirtschaft oder in Verbindung mit der Schaffung artenreicher Biotope ermöglichen. Das Nutzungskonzept muss sich dabei nach der vorgeschriebenen DIN SPEC 91434 richten.

Das Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Landwirtschaft lehnt den Bau der Freiflächenphotovoltaikanlage in Schmerkendorf aufgrund des dauerhaften Entzuges der landwirtschaftlichen Fläche ab.

Aufgrund des aktuellen technischen Fortschritts, in Bezug auf Agri-PV Anlagen, ist dem vorzuliegenden Bebauungsplan nicht zuzustimmen. Anlass moderner Agri-PV Anlagen sind die Verringerung der Konkurrenz der landwirtschaftlichen genutzten Fläche zwischen Energiegewinnung und landwirtschaftlicher Produktion. Die einseitige Rücksichtnahme der Energiegewinnung, ohne die für unsere Region wichtige landwirtschaftliche Erzeugung (primärer Wirtschaftssektor), ist im Rahmen der ökonomischen (Verlust von Produktionsfläche), ökologischen (Ausbreitung gefährlicher Neophyten) und sozialen (Wegfall von landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen) Aspekte als nicht nachhaltig anzusehen. Der Ausbau dieser Fläche als Agri-PV Anlage, also eine Doppelnutzung, wäre zu befürworten.

Das **Kataster- und Vermessungsamt** (Bearbeiterin: [REDACTED], Telefon: 03535 46-[REDACTED] teilt mit:

Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen und Vorhaben- und Erschließungsplänen ist die Verwaltungsvorschrift zur Herstellung von Planunterlagen für Bauleitpläne und Satzungen nach § 34 Absatz 4 und § 35 Absatz 6 des Baugesetzbuches (Planunterlagen VV) vom 16. April 2018 (ABl./18, [Nr. 17], S.389) zu beachten.

Die Gemeinde soll ihre Absicht, einen Bauleitplan aufzustellen, zu ändern oder zu ergänzen, der zuständigen Katasterbehörde zum frühestmöglichen Zeitpunkt mitteilen. Die Katasterbehörden sollen die Gemeinden hinsichtlich geeigneter Planunterlagen und gegebenenfalls erforderlicher Vermessungsarbeiten beraten. Für die Herstellung der Planunterlagen für Bebauungspläne sind grundsätzlich die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure oder die Katasterbehörden zuständig, sofern der Bebauungsplan Bezug auf Flurstücksgrenzen nimmt.

Der Bebauungsplan soll Angaben über die Grenzen und Bezeichnungen der Flurstücke in Übereinstimmung mit dem Liegenschaftskataster, die vorhandenen baulichen Anlagen, die öffentlichen Straßen, Wege und Plätze sowie Geländehöhen enthalten (§ 1 Absatz 2 PlanZV). Die Planunterlage wird daher auf der Grundlage der Liegenschaftskarte hergestellt. Die Genauigkeit der Planunterlage muss dem Zweck, der mit dem Bebauungsplan verfolgt wird, entsprechen. Kartengrundlage und Planzeichnung sollen so genau sein, dass sich die Festsetzungen widerspruchsfrei und mit der dem Maßstab der Planzeichnung entsprechenden Genauigkeit auf die örtlichen Verhältnisse übertragen lassen. Die geometrisch eindeutige Darstellung erfordert den Anschluss an das amtliche Lage- und Höhenbezugssystem.

Im Geltungsbereich des künftigen B-Planes befindet sich ein Trigonometrischer Lagefestpunkt, dessen Zerstörung oder Gefährdung, wenn möglich auszuschließen ist (siehe **Anlage**). Gemäß §24 Abs.3 des Brandenburgischen Vermessungsgesetzes – BbgVermG darf bereits eine kreisförmige Schutzfläche von zwei Metern Durchmesser um den jeweiligen Festpunkt herum weder überbaut noch abgetragen oder auf sonstige Weise verändert werden. Dies sollte bei der Planung berücksichtigt werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Herstellung der Planunterlagen für Bebauungspläne sowie Vorhaben- und Erschließungspläne im Rahmen der Aufstellung ein Katastervermerk von Seiten des Kataster- und Vermessungsamtes bzw. von einem Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur(in) regelmäßig zu erbringen ist, welcher über die geometrische Qualität der Planungsunterlage Auskunft gibt.

Der Katastervermerk ist auf dem Original des Bebauungsplanes vor dem Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan zu bestätigen.

Die **Brandschutzdienststelle des Ordnungsamtes** (Bearbeiter: [REDACTED], Tel. 03535 46-[REDACTED]) gibt folgende Hinweise:

1. Für die Photovoltaikanlage ist flächendeckend ein Löschwasservorrat von 24 m<sup>3</sup>/h (400 l/min) für eine Zeit von 2 Stunden nachzuweisen. Die benötigten Löschwasserentnahmestellen dürfen dabei nicht weiter von einer abzulöschenden Fläche als 300 m entfernt sein (in Schlauchlänge gemessen).  
Termin: Fertigstellung  
Rechtsgrundlage: BbgBO 2022 § 4 i. V. m. BbgBKG § 3 (1) Pkt. 1
2. Für die PV-Anlage ist ein Feuerwehrplan in Anlehnung an die DIN 14 095:2007-05 zu erstellen, der Brandschutzdienststelle zur Prüfung vorzulegen und anschließend den zuständigen Feuerwehren zu übergeben. (Die Verteilung der Exemplare des Feuerwehrplanes ist mit der Brandschutzdienststelle individuell abzustimmen.)  
Termin: Fertigstellung  
Rechtsgrundlage: BbgBO 2022 § 14
3. Die Feuerwehrezufahrt und Feuerwehrebewegungsfläche ist entsprechend der Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr zu planen.  
Termin: vor Erteilung Baugenehmigung  
Rechtsgrundlage: BbgBO 2022 § 5
4. Für den Brandfall ist für jedes Tor für die Feuerwehren ein gewaltloser Zugang über ein Feuerweherschlüsseldepot zu der PV Anlage zu gewährleisten. Abstimmung zur Art, Antrag auf Freigabe sind mit Brandschutzdienststelle des Landkreises Elbe-Elster zu führen.  
Termin: Fertigstellung  
Rechtsgrundlage: BbgBO 2022 § 14
5. Vor Inbetriebnahme der PV-Anlage sind die zuständigen Feuerwehren auf die Gefahren bei einem Einsatz hinzuweisen. Das sollte mit einer Einweisung vor Ort erfolgen. Der Brandschutzdienststelle ist Gelegenheit zu geben, daran teilnehmen zu können.  
Termin: Fertigstellung  
Rechtsgrundlage: BbgBO 2022 § 14
6. Der vegetative Bewuchs ist grundsätzliche kurz zu halten.  
Termin: kein  
Rechtsgrundlage: BbgBO 2022 § 14

Weitere Auflagen/ Hinweise etc. werden im Zuge des Genehmigungsverfahrens erteilt.



Das **Sachgebiet Kreisentwicklung** macht darauf aufmerksam, dass sich das Vorhabengebiet auf einer Kampfmittelverdachtsfläche befindet (siehe Anlage). Als Träger öffentlicher Belange ist der

Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg  
Kampfmittelbeseitigungsdienst  
Am Baruther Tor 20  
15806 Zossen OT Wünsdorf

zu konsultieren.

Die Gültigkeit von weiteren Rechtsvorschriften bleibt von dieser Stellungnahme unberührt. Sie ersetzt weder erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigungen noch privatrechtliche Zustimmungen und Vereinbarungen.

Die Stellungnahme verliert bei wesentlicher Änderung der Planungsgrundlagen ihre Gültigkeit.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

gez.


**Anlagen:**

(Kartenauszug GIS – Kampfmittelverdachtsfläche hellgrün)  
(Übersichtsplan mit Lagefestpunkt)

+++ Achtung, wir haben eine neue Postanschrift! +++



Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH • PF 15 60 54 03060 • Cottbus

#### Standort Kolkwitz

Ihr Zeichen:  
Ihre Nachricht: vom 20.06.2023  
Unser Zeichen: [REDACTED]  
Unsere Nachricht: vom  
  
Name: [REDACTED]  
Telefon: 0355-68 [REDACTED]  
E-Mail: [REDACTED]@mitnetz-strom.de

Plan und Recht GmbH  
Oderberger Straße 40  
10435 Berlin

Kolkwitz, 14.08.2023

#### Aufstellung des Bebauungsplans "Solarpark Schmerkendorf" der Stadt Falkenberg/Elster, Ortsteil Schmerkendorf

Sehr geehrte Damen und Herren,

der vorhandene Leitungsbestand wurde für den gekennzeichneten Bereich als Bestandsunterlage der envia Mitteldeutsche Energie AG beigelegt.

Unsere 110-kV-Hochspannungsfreileitung BL 6260 Gröditz – Falkenberg Mastbereich 154-156 hat langfristigen Bestand.

Das geplante Bauvorhaben befindet sich innerhalb des Schutzstreifens unserer 110-kV-Freileitung.

Die Abstände zu unserer 110-kV-Freileitung sind nach DIN EN 50341 (DIN VDE 0210) einzuhalten. Bei Arbeiten in der Nähe bzw. unter unserer Freileitung sind die Sicherheitsabstände nach DIN VDE 0105 und DGUV Vorschrift 3 verbindlich.

Im Schutzstreifen unserer 110-kV-Freileitung von 30,00 m Breite (je 15,00 m Breite zu beiden Seiten der Mittellinie der Freileitung) dürfen Bauwerke nicht errichtet, Bau-, Betriebs- und Instandhaltungsarbeiten (einschließlich der Arbeitsfahrzeuge) nicht behindert werden.

Eine Arbeitshöhe von 4,00 m über der Oberkante des Geländes (einschließlich der Geräteausleger und Aufbauten der Baufahrzeuge) darf im Leitungsschutzstreifen nicht überschritten werden. Dies schließt eine Fehlbedienung mit ein. Leitungsgefährdende Vorrichtungen, ober- oder unterirdisch, müssen unterbleiben. Wir empfehlen, an den Grenzen des Schutzstreifens eine sichtbare Höhenbeschränkung bezogen auf die vorgegebene maximale Arbeitshöhe zu errichten.



Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH

Postanschrift: PF 15 60 54 • 03060 Cottbus • Geschäftsanschrift: Industriestraße 10 • 06184 Kabelsketal  
T +49 345 216-0 • F +49 345 216-2311 • info@mitnetz-strom.de • www.mitnetz-strom.de • Vorsitzender des Aufsichtsrates  
[REDACTED] • Geschäftsführung: [REDACTED] • Sitz der Gesellschaft: Halle (Saale)  
Registergericht: Amtsgericht Stendal • HRB 215080 • Bankverbindung: Deutsche Bank AG Chemnitz • BIC: DEUTDE33XXX  
IBAN: DE29 8707 0000 0120 1664 00 • USt-ID-Nr.: DE814181768

Ein Unternehmen der



██████████ vom 14.08.2023

Bei Arbeiten im Schutzstreifen der 110-kV-Freileitungen ist die Einschränkung der maximalen Arbeitshöhe besonders zu berücksichtigen bzw. durch die Auswahl geeigneter Arbeitstechnologien abzusichern.

Die Zwischenlagerung von Bodenaushub bzw. Baumaterialien sowie das Abstellen von Baumaschinen im Leitungsschutzstreifen sind nicht zulässig.

Eine ungehinderte Zufahrt zu den Maststandorten ist unserem Unternehmen jederzeit uneingeschränkt zu gewährleisten.

Im Umkreis bis zu 30 m um Maststandorte können Erdungsanlagen vorhanden sein. Beim Auffinden bzw. bei Beschädigungen von Mastern ist unverzüglich die Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Realisierung Hochspannungsleitungen, Telefon 0355 68 1921, zu informieren.

Möglich ist in diesem Bereich das Anpflanzen Niedrigwachsender Gehölze, Hecken oder Sträucher. Eine Endwuchshöhe von 3,00 m darf nicht überschritten werden.

Bei der Wahl der Pflanzstandorte ist zu beachten, dass die Baumumbruchkurve - bezogen auf die Endwuchshöhe - den Schutzstreifen nicht berührt.

Nach der erfolgten Pflanzung im Bereich der Hochspannungsfreileitungen ist eine Abnahme mit dem Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Telefon 0355 68 ████████, Annahofen Graben 1-3 in 03099 Kolkwitz durchzuführen.

Im Bereich der Freileitungskreuzung sind keine Niveauerhöhungen zulässig.

Einer Verlegung von Kabeltrassen im Schutzstreifen unserer 110-kV-Freileitungen kann seitens der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH nur zugestimmt werden, wenn vom Betreiber des Kabels folgender Sachverhalt akzeptiert wird:

MS-Kabel, die 110-kV-Leitungen kreuzen bzw. über längere Strecken parallel verlegt sind, können bei auftretenden unsymmetrischen Fehlern im 110-kV-Netz durch Potential- bzw. Spannungsverlagerungen und entsprechende Ausgleichsvorgänge beeinflusst/ beansprucht werden.

Die Kosten für die Beseitigung eventuell dadurch eingetretener Schäden am MS-Kabel einschließlich Folgeschäden werden nicht durch Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH übernommen.

Vor der weiteren Planung des Vorhabens wäre eine gemeinsame Beratung empfehlenswert, um Bauumfang, Technologie als auch Beschränkungen im 110-kV-Leitungsschutzstreifen zu klären. Diese vereinbaren Sie bitte mit der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Realisierung Hochspannungsleitungen, Annahofen Graben 1 – 3, 03099 Kolkwitz / Klein Gaglow, Telefon 0355 / 68 ████████.

Nach den derzeitigen Planungsunterlagen können wir der Unterbauung der 110kV-Leitung und der Bebauung des Schutzstreifens mit Photovoltaikanlagen nicht zustimmen.

██████████ vom 14.08.2023

Nach Zusendung von detaillierten Planungsunterlagen ((z.B. Modulaufstellung, Höhenangaben, Zuwegung zur elektrischen Anlage (Mast und Beseilung), Freiflächen etc.)) kann intern eine mögliche Bebauung des Schutzstreifens geprüft werden. Hierfür werden Vorgaben (z.B. Breite und Anzahl von Zufahrten, Freiflächen unter HSL etc.) seitens der Mitnetz Strom festgelegt. Dies ist erforderlich, um auch in Zukunft eine sichere Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Wir möchten Sie darauf hinweisen das bei dem Herunterfallen von schadhaften Teilen, z.B. auch Eisabwurf von der Hochspannungsleitung Schäden an den Solarmodulen entstehen.“

Sollte ein Einspeise-UW an die 110-kV-Ltg angeschlossen werden gilt unsere Anschlussrichtlinie.

Arbeiten in der Nähe von Kabelanlagen sind nach den geltenden technischen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften sowie den anerkannten Regeln der Technik auszuführen.

Bei Flächen für die Errichtung von Photovoltaikanlagen ist zu beachten, dass Kabeltrassen nicht überbaut werden dürfen.

Trassen zur Kabelverlegung sind möglichst im öffentlichen Bereich vorzusehen und gemäß BauGB § 9 Absatz 1 Ziffern 12, 13 und 21 in den Bebauungsplan aufzunehmen.

Auf den gemäß BauGB § 9 Absatz 1 Ziffern 12, 13 und 21 im Bebauungsplan festgeschriebenen Flächen dürfen Bauwerke nicht errichtet, die Versorgungsanlagen durch Bäume, Sträucher sowie Arbeiten jeglicher Art nicht gefährdet und Bau-, Betrieb- und Instandhaltungsarbeiten (einschl. der Arbeitsfahrzeuge) nicht behindert werden.

Bauliche Veränderungen und Pflanzmaßnahmen bitten wir gesondert bei der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH zur Stellungnahme einzureichen.

Die notwendige Kabelverlegung zum Anschluss der Solaranlagen zum Netzanschlusspunkt ist nicht Bestandteil dieser Stellungnahme. Diese sind ebenfalls zur Stellungnahme/Genehmigung einzureichen.

Die Festlegung des technisch und wirtschaftlich günstigsten Netzanschlusspunktes muss durch eine Netzverträglichkeitsprüfung erfolgen. Diese ist gesondert durch den Errichter/Betreiber der Solaranlagen unter Angabe der elektrotechnisch relevanten Daten über unser [Einspeiser@mitnetz-strom.de](mailto:Einspeiser@mitnetz-strom.de) zu beantragen.

Sollten lagebedingt Änderungen der Leitungen/Anlagen notwendig werden, so richtet sich die Kostentragung nach den bestehenden Verträgen bzw. sonstigen Regelungen. Ein entsprechender Auftrag ist durch den Verursacher der Mitteldeutschen Netzgesellschaft Strom mbH, Annahofen Graben 1-3 in 03099 Kolkwitz, vorzugsweise an [Leistungskunden@mitnetz-strom.de](mailto:Leistungskunden@mitnetz-strom.de) zu erteilen.

Seite 4/4

██████████ vom 14.08.2023

Fragen, Hinweise und Widersprüche zu dieser Stellungnahme senden Sie bitte grundsätzlich an folgende Anschrift: Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Annahofen Graben 1-3 in 03099 Kolkwitz, vorzugsweise an [TOEB-Brandenburg@mitnetz-strom.de](mailto:TOEB-Brandenburg@mitnetz-strom.de) .

Dieses Schreiben hat eine Gültigkeitsdauer von 2 Jahren.

Mit freundlichen Grüßen

Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH

i.A.

i.A.

Anlage(n)  
1 Zeichenerklärung  
Bestandspläne Blatt 1 bis 6



**NETZGESELLSCHAFT  
BERLIN-BRANDENBURG**

NBB - EUREF-Campus 1–2 - 10829 Berlin

## Plan und Recht

Oderberger Str. 40  
10435 Berlin

■ **NBB Netzgesellschaft  
Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG**  
EUREF-Campus 1–2, 10829 Berlin  
HRA 37374 B Amtsgericht Charlottenburg

■ **[REDACTED]**  
EUREF-Campus 1–2, 10829 Berlin  
Telefon 030 4530-[REDACTED]  
Planauskunft@nbb-netzgesellschaft.de  
www.nbb-netzgesellschaft.de



NetinfoBB - Die Service-App für  
unterwegs: [www.nbb-app.de](http://www.nbb-app.de)

Berlin, 06.07.2023

**Unser Zeichen: 2023-019304\_P, Portalnummer 477454**  
**Ihr Schreiben vom 03.07.2023 mit Zeichen Bebauungsplan "Solarpark  
Schmerkendorf" im Ortsteil Schmerkendorf der Stadt Falkenberg/Elster  
zur Maßnahme Falkenberg/Elster, ; Bebauungsplan**

Sehr geehrte [REDACTED],

die WGI GmbH wird von der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG (nachfolgend NBB genannt) beauftragt, Auskunftersuchen zu bearbeiten und handelt namens und in Vollmacht der NBB. Die NBB handelt im Rahmen der ihr übertragenen Netzbetreiberverantwortung auch namens und im Auftrag der GASAG AG, der EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, der Stadtwerke Bad Belzig GmbH, der Gasversorgung Zehdenick GmbH, der SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, der NGK Netzgesellschaft Kyritz GmbH, der Netzgesellschaft Hohen Neuendorf (NHN) Gas mbH & Co.KG, der Rathenower Netz GmbH, der Netzgesellschaft Hennigsdorf Gas mbH (NGHGas), der Stadtwerke Forst GmbH und der Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG.

Im Bereich Ihrer geplanten Baumaßnahme liegen keine Anlagen der NBB.

Aussagen zu Anlagen anderer Versorgungsunternehmen bzw. Netzbetreiber können wir nicht treffen. Hierzu sind von Ihnen gesonderte Auskünfte einzuholen.

Sollte der Geltungsbereich Ihrer Auskunftsanfrage verändert werden oder der Arbeitsraum den dargestellten räumlichen Bereich überschreiten, ist der Vorgang erneut zur Erteilung einer Auskunft der NBB vorzulegen.

Mit freundlichen Grüßen





## Plan und Recht GmbH

---

**Von:** [REDACTED]@polizei.brandenburg.de>  
**Gesendet:** Mittwoch, 28. Juni 2023 13:30  
**An:** beteiligung@planundrecht.de  
**Betreff:** Stellungnahme Bebauungsplan „Solarpark Schmerkendorf“ der Stadt Falkenberg/Elster

**Kennzeichnungsstatus:** Gekennzeichnet

Sehr geehrte Damen und Herren,

der oben genannte Bebauungsplan ist bei der PD Süd zur Anhörung eingegangen.

Aus verkehrsorganisatorischer Sicht bestehen keine Einwände.

Für die Anbindung an die Landesstraße ist die Genehmigung des Landesbetriebes für Straßenwesen einzuholen. Die Anbindung sollte den Charakter einer Grundstückszufahrt haben. Dabei ist darauf zu achten, dass die Zuwegung, auch während des Aufbaus, geeignet ist.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

[REDACTED]  
POK'in

PD Süd, Stab 1.3

Juri-Gagarin-Straße 16

03046 Cottbus

T.: 0355/4937 [REDACTED] (intern: 07-340-[REDACTED])

Email: [stab1verkehr.pdsued@polizei.brandenburg.de](mailto:stab1verkehr.pdsued@polizei.brandenburg.de)

**Aufgrund von Sicherheitslücken in veralteten MS Office-Formaten wird gebeten, E-Mail-Anlagen in Formaten ab Office 2010 (\*.docx, .xlsx etc.) aufwärts zu übersenden. Office-Dokumente, wie beispielsweise \*.doc oder \*.xls werden nicht mehr entgegen genommen.**

## Regionale Planungsstelle

Gulbener Straße 24 03046 Cottbus

Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald  
PF 10 07 44 03007 Cottbus

Internet: [www.region-lausitz-spreewald.de](http://www.region-lausitz-spreewald.de)  
e-mail: [poststelle@region-lausitz-spreewald.de](mailto:poststelle@region-lausitz-spreewald.de)

Plan und Recht GmbH  
Oderberger Straße 40  
10435 Berlin

Bearbeiter: [REDACTED]

Hausanschluss: [REDACTED]

Unser Zeichen: [REDACTED]

Cottbus, 12.07.2023

In der Beantwortung unseres Schreibens wird um die  
Angabe unseres Aktenzeichens gebeten.

### Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 BauGB)

hier: Ihr Schreiben vom 21.06.2023

#### Allgemeine Angaben

**Stadt/Gemeinde:** Falkenberg/Elster, OT Schmerkendorf  
**Verbandsgemeinde:** Liebenwerda  
**Landkreis:** Elbe-Elster  
**Planbezeichnung:** Bebauungsplan „Solarpark Schmerkendorf“

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Regionalen Planungsgemeinschaften sind nach dem „Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) vom 8. Februar 2012 (GVBl. I Nr. 13), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2021 (GVBl. I Nr. 19)“ Träger der Regionalplanung.

Für die Stellungnahme gelten die folgenden Grundlagen:

- Sachlicher Teilregionalplan II „Gewinnung und Sicherung oberflächennaher Rohstoffe“, veröffentlicht am 26. August 1998 im Amtlichen Anzeiger für Brandenburg Nr. 33
- Aufstellungsbeschluss des integrierten Regionalplanes der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald vom 20.11.2014
- Sachlicher Teilregionalplan „Grundfunktionale Schwerpunkte“ bekanntgemacht am 22. Dezember 2021 im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 50
- Aufstellungsbeschluss des sachlichen Teilregionalplanes „Windenergienutzung“ vom 19.12.2022

Vorsitzender: Landrat [REDACTED], Landkreis Dahme-Spreewald  
Stellvertreter: Landrat [REDACTED], Landkreis Oberspreewald-Lausitz

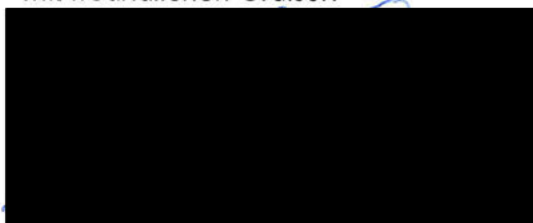
Leiter RPS: [REDACTED]

Tel (03 55) 49 49 77-0

Bankverbindung: Sparkasse Spree-Neiße  
BLZ: 180 500 00  
Konto: 3205 100 165  
IBAN: DE9018050003205100165  
BIC: WELADED1CBN

- ☒ *keine Einwendungen*
- ☐ *Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit (Beachtungspflicht rechtskräftiger Regionalpläne)*
- ☐ *Einwendungen mit Berücksichtigungspflicht auf Grundlage von Regionalplanentwürfen, eigenen Entwicklungskonzepten und informellen Planungen*
- ☐ *Hinweise*

Mit freundlichen Grüßen



## Plan und Recht GmbH

---

**Von:** [REDACTED]@tyczka.de> im Auftrag von Tyczka Energy - Technik KGV  
<technik.kgv@tyczka.de>  
**Gesendet:** Montag, 24. Juli 2023 13:35  
**An:** beteiligung@planundrecht.de  
**Betreff:** Information zur Öffentlichen Beteiligung der TÖB - Solarpark Schmerkendorf -  
TÖB-2023-058  
**Anlagen:** 230620\_Anschreiben\_Versand\_Unterlagen.pdf

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Tyczka Energy GmbH hat keine Einwände gegen die geplante Baumaßnahme.  
Gasleitungen unserer Firma werden davon nicht berührt und wir halten eine Beteiligung am Verfahren für nicht erforderlich.

Danke

Freundliche Grüße

Tyczka Energy GmbH  
i.A. [REDACTED]  
Fachbereich Gasnetze



Blumenstraße 5  
82538 Geretsried

Fon +49 8171 627 [REDACTED]  
Fax +49 8171 627 [REDACTED]

[www.tyczka.com](http://www.tyczka.com)

Service Center  
Rosa-Luxemburg-Straße 27  
04103 Leipzig  
Fon +49 341 44641 [REDACTED]  
Fax +49 341 44641 [REDACTED]

Sitz der Gesellschaft: Geretsried  
Amtsgericht München: HRB 137175  
Geschäftsführer: [REDACTED]

Der Umwelt zuliebe: Bitte vermeiden Sie überflüssige Ausdrücke.

---

**Von:** Plan und Recht GmbH <[beteiligung@planundrecht.de](mailto:beteiligung@planundrecht.de)>  
**Gesendet:** Dienstag, 20. Juni 2023 17:50  
**An:** [REDACTED]@vg-liebenwerda.de  
**Betreff:** Information zur Öffentlichen Beteiligung der TÖB - Solarpark Schmerkendorf

## Formblatt

### Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 BauGB)

#### Vorbemerkung

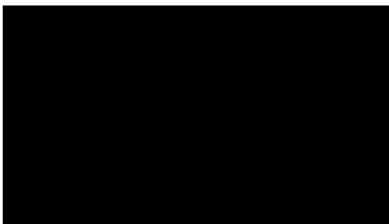
Mit der Beteiligung wird den Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu einem konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes und Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen, die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann.

Leerzeilen bitte ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen

**Stadt/Gemeinde/Amt:** Verbandsgemeinde Liebenwerda für die Stadt Mühlberg/Elbe

- ☐ Flächennutzungsplan  
Parallele Änderung zum u.g. vorhabenbezogenen Bebauungsplan
- ☒ Bebauungsplan  
„Solarpark Schmerkendorf“ der Stadt Falkenberg/Elster
- ☐ Bebauungsplan der Innenentwicklung
- ☐ vorhabenbezogener Bebauungsplan
- ☐ sonstige Satzung

Frist für die Stellungnahme (§ 4 Absatz 2, § 4a Absatz 3 BauGB):  
23.07.2023



## Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange

Verbandsgemeinde Liebenwerda

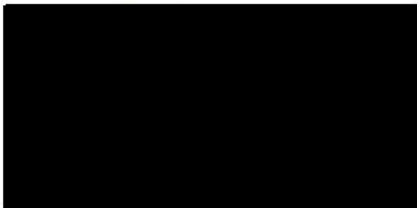
für die Stadt Mühlberg/Elbe

Markt 1

04924 Bad Liebenwerda

- ☒ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung.
- 1) Einwendungen  
Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)
- a) Einwendung:
- b) Rechtsgrundlage:
- c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen):
- 2) Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts
- a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:
- b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:
- 3) Hinweise für Überwachungsmaßnahmen
- a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen:
- b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:
- 4) Weitergehende Hinweise
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o.g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes und des Zeitrahmens:
- ☐ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:

Der Umfang bzw. Detaillierungsgrad der Umweltprüfung wird nach § 3 Abs. 4 BauGB als ausreichend bewertet. Eventuell sollten, aufgrund der Mächtigkeit des Vorhabens, zusätzlich die Auswirkungen auf Mensch und Tier durch mögliche Reflektionen umfangreicher betrachtet werden. Diesbezüglich wäre vor allem die Bundeswehr einzubinden, da sich das Vorhaben in der Nähe der Anflugsschneise des „Fliegerhost Holzdorf“ befindet.





## Plan und Recht GmbH

---

**Von:** VMEE - Infrastruktur <Infra@verkehrsmanagement-elbeelster.de>  
**Gesendet:** Montag, 26. Juni 2023 07:54  
**An:** beteiligung@planundrecht.de  
**Betreff:** AW: Information zur Öffentlichen Beteiligung der TÖB - Solarpark Schmerkendorf

Sehr geehrte Damen und Herren,  
die VMEE hat keine Einwendungen.

Freundliche Grüße

██████████  
Mitarbeiter Verkehrsorganisation/Betriebssicherheit  
Tel: 03531/6500-██████████

---

VerkehrsManagement Elbe-Elster GmbH  
Nach dem Horst 43, 03238 Finsterwalde  
Tel: 03531/6500-0, Fax: 03531/61733  
Web: <http://www.vmee.de>  
<http://facebook.com/verkehrsmanagementelbeelster>  
[infra@vmee.de](mailto:infra@vmee.de)

---

Sitz der Gesellschaft: 03238 Finsterwalde Handelsregister beim Amtsgericht Cottbus HRB 2036  
Geschäftsführer: ██████████

### Wichtige Hinweise

Der Empfang von E-Mails durch die VerkehrsManagement Elbe-Elster GmbH erfolgt grundsätzlich über die Mail-Adresse [info@verkehrsmanagement-elbeelster.de](mailto:info@verkehrsmanagement-elbeelster.de)

Der Empfang von Dateianhängen ist auf eine Größe von 10 MB pro E-Mail begrenzt.



**Bitte prüfen Sie vorher, ob ein Ausdruck dieser E-Mail wirklich nötig ist.**

---

**Von:** . Sekretariat <Sekretariat@verkehrsmanagement-elbeelster.de>  
**Gesendet:** Mittwoch, 21. Juni 2023 08:41  
**An:** VMEE - Infrastruktur <Infra@verkehrsmanagement-elbeelster.de>  
**Betreff:** WG: Information zur Öffentlichen Beteiligung der TÖB - Solarpark Schmerkendorf

---

**Von:** Plan und Recht GmbH <[beteiligung@planundrecht.de](mailto:beteiligung@planundrecht.de)>  
**Gesendet:** Dienstag, 20. Juni 2023 17:50  
**An:** ██████████ <[@vg-liebenwerda.de](mailto:@vg-liebenwerda.de)>  
**Betreff:** Information zur Öffentlichen Beteiligung der TÖB - Solarpark Schmerkendorf

# Herzberger Wasser- und Abwasserzweckverband



Herzberger Wasser- und Abwasserzweckverband, Osterodaer Str. 4, 04916 Herzberg

Plan und Recht  
Oderberger Straße 40  
10435 Berlin

E-Mail: [beteiligung@planundrecht.de](mailto:beteiligung@planundrecht.de)

Körperschaft öffentlichen Rechts  
Osterodaer Straße 4  
04916 Herzberg  
Telefon: (03535) 4019-0  
Telefax: (03535) 4019-33  
Bearbeiter: [REDACTED]  
Durchwahl: 03535/[REDACTED]  
17.07.2023

## **Bebauungsplan „Solarpark Schmerkendorf“ der Stadt Falkenberg/Elster, OT Schmerkendorf**

Sehr geehrte Damen und Herren,

gemäß der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange ist die Abgabe einer Stellungnahme erforderlich.

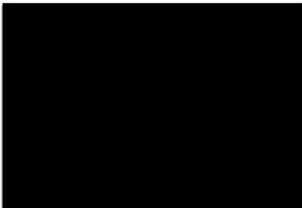
Gegen das o.g. Vorhaben gibt es Seitens des HWAZ keinen Einwand.

Im ausgewiesenen Gebiet sind keine Anlagen des HWAZ vorhanden. Überlandleitungen sind im Planungsgebiet ebenfalls nicht zu beachten.

Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung sind nicht erforderlich.

Zusätzliche Hinweise und Anregungen ergehen unsererseits nicht.

Mit freundlichen Grüßen



DNS:NET Internet Service GmbH · Zimmerstr. 23 · 10969 Berlin  
Plan und Recht GmbH

Oderberger Straße 40  
10435 Berlin

**DNS:NET Leitungsauskunft**  
leitungsauskunft@dns-net.de  
Tel.: 0800-10-12 [REDACTED]  
www.dns-net.de

09.08.2023

**Portalnummer 487360**  
**Ihr Schreiben vom 09.08.2023**

Sehr geehrter [REDACTED],

vielen Dank für die Beteiligung unseres Hauses als Träger öffentlicher Belange im Rahmen Ihres o.g. Bauvorhabens.

In dem Baugebiet befinden sich keine Rohr- und Kabelsysteme der DNS:NET.  
Bitte beachten Sie die Bestimmungen in der beigegeführten Kabelschutzanweisung.  
Die DNS:NET hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.  
Für Ihre Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,  
DNS:NET Internet Service GmbH  
Team Leitungsauskunft

Anlagen  
Kabelschutzanweisung

Seiten 1 von 1

PRIMAGAS Energie GmbH • Luisenstraße 113 • 47799 Krefeld

Plan und Recht GmbH  
Oderberger Straße 40  
10435 Berlin

Antrags-Nr. 487360

Es betreut Sie Leitungsauskunft  
Luisenstr. 113  
47799 Krefeld  
Fon: 02151 – 85 21 ■  
Fax: 02151 – 85 23 10

Datum 09.08.2023

**PRIMAGAS Leitungsauskunft**

**Projektbezeichnung: B-Plan „Solarpark Schmerkendorf“, frühzeitige TÖB-Beteiligung**

**Lokation: Falkenberg/Elster,**

Sehr geehrter ■■■■■,

hiermit teilen wir Ihnen mit, dass durch das oben genannte Vorhaben keine Flüssiggas-Versorgungsleitungen im öffentlichen Bereich der PRIMAGAS Energie GmbH berührt werden.

Sollte sich ein Flüssiggasbehälter auf dem angefragten Grundstück befinden, so wenden Sie sich bitte an den Eigentümer des angefragten Grundstückes.

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und bedarf deshalb keiner Unterschrift.

Freundliche Grüße

PRIMAGAS Energie GmbH  
Leitungsauskunft

Plan und Recht GmbH  
Oderberger Straße 40  
10435 Berlin

09.08.2023

**Portalnummer: 487360**

**Projektbezeichnung: B-Plan „Solarpark Schmerkendorf“, frühzeitige TÖB-Beteiligung**

**Lokation: Falkenberg/Elster,**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die infrest - Infrastruktur eStrasse GmbH wird von der saferay Gruppe beauftragt, Auskunftersuchen zu bearbeiten und handelt namens und in Vollmacht der saferay Gruppe.

In dem o. g. Bereich liegen zurzeit keine Leitungen der saferay Gruppe.

Aussagen zu Anlagen anderer Versorgungsunternehmen bzw. Netzbetreiber können wir nicht treffen. Hierzu empfehlen wir Ihnen gesonderte Auskünfte unter Nutzung von [www.infrest.de](http://www.infrest.de) einzuholen.

Sollte der Geltungsbereich Ihrer Auskunftsanfrage verändert werden oder der Arbeitsraum den dargestellten räumlichen Bereich überschreiten, ist der Vorgang erneut zur Erteilung einer Auskunft der saferay Gruppe vorzulegen.

Für technische Rückfragen steht Ihnen [REDACTED] von der saferay operations GmbH gerne unter der Telefonnummer +49 (0)173 [REDACTED] zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

saferay operations GmbH